



Thomas Laux, Teresa Lindenauer

# Engagiert und gefährdet

Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen

OBS-Arbeitspapier 68  
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung  
Jupp Legrand  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
D-60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-6693-2810  
Fax: 069-6693-2786  
E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autor\*innen:

Thomas Laux  
E-Mail: [thomas.laux@phil.tu-chemnitz.de](mailto:thomas.laux@phil.tu-chemnitz.de)

Teresa Lindenauer

E-Mail: [teresa.lindenauer@tu-dresden.de](mailto:teresa.lindenauer@tu-dresden.de)

Redaktion & Lektorat:

Robin Koss (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

Corinna Haselmayer/Shutterstock.com

Redaktionsschluss:

31. Mai 2024

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“. So brachte der Sozialphilosoph und politische Bildner Oskar Negt pointiert auf den Punkt, dass die anspruchsvolle Idee der kollektiven Selbstregierung auf eine demokratische Kultur angewiesen ist, in der wir als Bürger\*innen wechselseitige Anerkennung als Freie und Gleiche praktizieren, erfahren, aber auch einüben können. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des nationalsozialistischen Terrors sieht das Grundgesetz deswegen die staatliche Pflicht zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft vor. Der zugrundeliegende Gedanke: Ohne Möglichkeiten der Mitbestimmung sowie Räumen des angstfreien Austauschs und Lernens, der kritischen (Selbst-)Befragung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, fehlt der Demokratie Entscheidendes.

Unstrittig sollte eigentlich sein, dass der unabhängigen politischen Bildung hierbei eine herausragende Rolle zukommt. Wie fragil aber dieser Konsens ist, zeigt das zähe Ringen um das seit Langem geplante Demokratiefördergesetz, dessen Verabschiedung derzeit am Widerstand der FDP scheitert. Deren stellvertretender Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki ging im Interview mit der *Welt am Sonntag* kürzlich so weit, das größte Förderprogramm auf Bundesebene – „Demokratie leben“ – gänzlich in Frage zu stellen. Die Mittel, die Kubicki zufolge im Programm „völlig sinnlos ausgegeben“ würden, sollten lieber in die innere Sicherheit investiert werden. Ein Gedankenspiel, das aufschreckt – aufgrund des autoritären Geistes, den es atmet, und der Logik des Verdachts gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, der es sich bedient. Beides spielt der politischen Rechten in die Karten, die aktiv daran arbeitet, demokratische Räume einzuengen. Seit Langem fokussiert sie sich auch auf Institutionen der politischen Bildung und setzt immer häufiger auf Gewalt.

Welche Ausmaße haben diese Angriffe auf die politische Bildung? Durch welche Konfliktodynamiken sind sie bedingt? Und wie werden sie von den Betroffenen erlebt? Diesen Fragen wenden sich die Sozialforscher\*innen Thomas Laux (TU Chemnitz) und Teresa Lindenauer (TU Dresden) mit einem Fokus auf Sachsen zu.

Die Ergebnisse der Umfrage unter 134 politischen Bildner\*innen und weiterer zehn qualitativen Interviews verdienen große Aufmerksamkeit: Mehr als zwei Drittel der Befragten berichten von gezielten Störungen und Behinderungen ihrer Arbeit durch rechte Akteure, über 40 Prozent haben mindestens gelegentlich schon Beleidigungen im persönlichen Gespräch, am Telefon oder per E-Mail erlebt. Die Interviews zeigen weit verbreitete Gefühle

von Verunsicherung und Bedrohung, die eng mit der derzeitigen Stärke der AfD und der prekären Finanzierungsstruktur der eigenen Arbeit verbunden sind. So nutzt die AfD die derzeitige Projektfinanzierung für die außerschulische politische Bildung – die durch eine auf wenige Jahre begrenzte und von politischen Konjunktoren abhängige Fördermittelvergabe geprägt ist – immer wieder als Hebel, um Bildungsträger unter Druck zu setzen.

Ein besonderes Augenmerk legt das Autor\*innenteam auf die Rahmenbedingungen der Angriffe auf die politische Bildung. Deutlich wird, dass rechte Akteure Störungen, Beleidigungen und Bedrohungen vor allem in zweierlei Hinsicht nutzen: An Orten, in denen Institutionen der politischen Bildung lokal (noch) stark verankert sind und die menschenfeindlichen Einstellungen der Rechten (bisher) nur schwachen Widerhall in der Bevölkerung finden, geht es ihnen primär um die interne Integration und Radikalisierung der „eigenen Leute“ durch offensive Aktionen. Gibt es in der lokalen Bevölkerung hingegen bereits eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Gefahren des Rechtsextremismus, verändert sich die Stoßrichtung. Angriffe auf Aktive der politischen Bildungsarbeit sollen diese Stützen der demokratischen Kultur dann einschüchtern und zurückdrängen – wobei meist die außerschulische politische Bildung ins Visier genommen wird.

Die Angriffe auf die politische Bildung bleiben keine Einzelfälle. Vielmehr folgen sie einer klaren Strategie mit eindeutiger Botschaft: Wer sich für die Demokratie einsetzt, lebt gefährlich. Einerseits zeigen die Ergebnisse die Wirkung dieser Botschaft. Die erlebten Störungen oder Bedrohungen prägen über den Berufsalltag hinaus bereits die private Lebensführung der betroffenen Personen. Doch andererseits haben die zahlreichen von lokalen Initiativen initiierten Demonstrationen gegen die Remigrationspläne des organisierten Rechtsextremismus eine deutliche Antwort gegeben: Wir lassen uns die öffentlichen Räume nicht nehmen. Nicht in einer immer restriktiveren „Law and Order“-Politik liegt somit die Lösung, sondern in der Stärkung der (lokalen) Stiftungen, Vereine, Bewegungen und Gruppen, die Menschen solidarisch miteinander verbinden, Mut stiften und der autoritären Beschleunigung demokratische Visionen entgegensetzen. Sollen die zu hörenden Stimmen über die Stärkung der Demokratie nicht nur leere Worthülsen bleiben, ist es dringend an der Zeit, die Förderprogramme für eine lebendige Zivilgesellschaft auszubauen, zu verstetigen und so für mehr (Planungs-)Sicherheit zu sorgen.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Juni 2024

# Inhalt

|          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Einleitung .....</b>   | <b>5</b>  |
| <b>2</b> | <b>Theoretische Rahmung .....</b>   | <b>8</b>  |
|          | 2.1 Perspektive der Studie.....   | 8         |
|          | 2.2 Aktive in der politischen Bildung als zivilgesellschaftliche Akteure .....  | 13        |
|          | 2.3 Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus<br>als zivilgesellschaftlicher Akteur .....                                 | 15        |
| <b>3</b> | <b>Methodisches Vorgehen .....</b>  | <b>17</b> |
|          | 3.1 Fokus auf Sachsen.....  | 17        |
|          | 3.2 Datenerhebung und Forschungsdesign .....  | 18        |
| <b>4</b> | <b>Wer sind die befragten Aktiven in der politischen Bildung?.....</b>  | <b>21</b> |
| <b>5</b> | <b>Die Situation der politischen Bildung in Sachsen .....</b>   | <b>24</b> |
| <b>6</b> | <b>Konstellationen für die Bedrohung, Beleidigung und Störung<br/>von Aktiven in der politischen Bildung .....</b>                | <b>31</b> |
|          | 6.1 Methodisches Vorgehen der Analysen.....   | 37        |
|          | 6.2 Analysen .....  | 40        |
|          | 6.3 Interpretation und Einordnung der Ergebnisse .....  | 43        |
| <b>7</b> | <b>Folgen von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen<br/>für die Lebensführung der Aktiven in der politischen Bildung .....</b> | <b>45</b> |
|          | 7.1 Methodisches Vorgehen der Analyse.....  | 45        |
|          | 7.2 Analyseergebnisse und Interpretation .....  | 46        |
| <b>8</b> | <b>Fazit.....</b>   | <b>48</b> |
| <b>9</b> | <b>Erwartungen von Aktiven in der politischen Bildung .....</b>   | <b>50</b> |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Literaturverzeichnis.....</b>   | <b>52</b> |
| <b>Anhang A: Höchste Bildungsabschlüsse .....</b>  | <b>60</b> |
| <b>Anhang B: Angaben zum Alter .....</b>   | <b>60</b> |
| <b>Anhang C: Seit welchem Jahr sind die befragten Personen<br/>in der politischen Bildung tätig? .....</b> | <b>61</b> |
| <b>Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen .....</b>  | <b>62</b> |
| <b>Hinweise zu den Autor*innen .....</b>   | <b>63</b> |

# 1 Einleitung

Zu Beginn des Jahres 2024, so scheint es, hat sich in Deutschland ein in seiner Qualität neues Problembewusstsein in Gesellschaft und Politik gegenüber den Phänomenen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus etabliert. Ausgelöst von der Berichterstattung über ein Treffen in Potsdam im November 2023 von Politiker\*innen der Alternative für Deutschland (AfD) mit Rechtsextremist\*innen, Mitgliedern der Identitären Bewegung, der Werteunion sowie weiteren Unterstützer\*innen, in dem unter anderem Maßnahmen zur gezielten Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland diskutiert wurde (Correctiv 2024), waren im Januar und Februar große Proteste gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Allgemeinen und die AfD im Besonderen deutschlandweit zu beobachten (Taz 2024).<sup>1</sup>

Die Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des gesellschaftlichen Pluralismus durch die extreme Rechte ist keineswegs neu. Man denke etwa an die rechtsextremen Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992), die Wahlerfolge der NPD in Sachsen (2004 und 2009), die Aufdeckung der rechtsterroristischen Morde des

„Nationalsozialistischen Untergrunds“ (2011) oder die rechtsterroristischen Anschläge in München (2016), Halle (2019) und Hanau (2020). Vor diesem Hintergrund formierte sich in Deutschland im letzten Jahrzehnt eine Bewegung des „autoritären Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018a: 117–118), die Organisationen und Gruppen des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus verbindet und sich in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte institutionalisierte. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich die AfD im deutschen Parlamentarismus etabliert hat oder das Rechtsextremist\*innen und Rechtspopulist\*innen zunehmend in der organisierten Zivilgesellschaft (zum Beispiel in Gewerkschaften, freiwilligen Feuerwehren oder Kirchen) aktiv sind (Dörre et al. 2018; Schroeder et al. 2022: 273–289).

Der Aufstieg der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus führte (bislang) zu keiner Spaltung der Gesellschaft (Mau et al. 2023), aber rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen lassen sich zunehmend in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus sowie Schichten finden und prägen damit vermehrt politische und gesellschaftliche Diskurse

---

<sup>1</sup> Die aktuelle Mitte-Studie 2022/23 ermittelt, dass 38,7 Prozent der Deutschen die Demokratie als „gefährdet“ ansehen (Küpper et al. 2023: 106).

(Zick und Mokros 2023; Küpper et al. 2021: 111).<sup>2</sup> Dies geht in keiner Weise mit einer Mäßigung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus einher, wie etwa das oben erwähnte Treffen in Potsdam zeigt. Vielmehr, so scheint es, radikalisieren sich die AfD<sup>3</sup> und einzelne Milieus immer mehr (Decker et al. 2022: 86), was sich bereits an dem drastischen Anstieg rechtsextremistischer Straftaten im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise ab dem Jahr 2015 oder den massiven Mobilisierungen durch Rechtsextremist\*innen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zeigte (Küpper et al. 2021: 76–77, 110–111). Auch sind (Lokal-)Politiker\*innen zunehmend persönlichen Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, etwa durch Fackelaufzüge vor ihren Wohnsitzen (Imbusch und Steg 2022; Küpper et al. 2021: 77–78). Letztere Entwicklung gipfelte im Mord an CDU-Politiker Walter Lübcke am 2. Juni 2019 durch einen Rechtsextremisten.

Die skizzierte zunehmende gesellschaftliche Durchdringung und anhaltende Radikalität des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland führt zu einer „*Ausdifferenzierung* und *Dynamisierung* rechter Bedrohungsallianzen“ (Heitmeyer et al. 2021: 266, Hervorhebung im Original). Demnach zeigen sich Gefährdungen vermehrt in unterschiedlichen Formen und sind

zunehmend räumlich und sozial entgrenzt (Heitmeyer et al. 2021: 24). Vor diesem Hintergrund nimmt die vorliegende Studie eine Gruppe in den Blick, die sich gemäß ihrem Selbstverständnis intensiv mit dem Problem des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus beschäftigt und sich dauerhaft für die Demokratie engagiert: die Gruppe der *Aktiven in der politischen Bildung*.

Die Fokussierung auf die politische Bildung hat zwei Gründe: Erstens sind Träger der politischen Bildungsarbeit als zivilgesellschaftliche Akteure wesentlich beteiligt an der (Re-)Produktion einer demokratischen „politischen Kultur“ (Achour 2021: 312–313). So verfolgt die politische Bildung die Ziele, Menschen „zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren“ (Europarat 2010: 7). Gemäß dessen ist sie von einer demokratisch-humanen Grundhaltung getragen und deshalb nicht neutral gegenüber autoritären, menschenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Aussagen (Schmitt 2020: 20). Zweitens stehen Akteure der politischen Bildung besonders im „Fadenkreuz“ der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus. Da sie sich

---

2 So ist für 22,9 Prozent laut der Mitte-Studie 2022/23 die AfD „eine Partei wie jede andere auch“ (Küpper et al. 2023: 106).

3 Gegenwärtig (Stand Mai 2024) werden drei Landesverbände der AfD – in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – sowie ihre Jugendorganisation vom Verfassungsschutz als „erwiesene rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft (Amt für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2022; Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2023a, 2023b; MDR Sachsen-Anhalt 2023).



gegen weitere „Geländegewinne“ (Borstel und Luzar 2016) in den „Raumordnungskämpfe[n]“ (Heitmeyer et al. 2021: 195–201; vgl. Heitmeyer 1999: 67–72) dieser Bewegung einsetzen, wird von Seiten des autoritären Nationalradikalismus versucht, die politische Bildung und ihre gesellschaftlichen Funktionen zu delegitimieren und ihre staatliche Finanzierung zu beenden (Achour 2021: 328–329; Jugel und Lewerenz 2022; Sommer und Ratzmann 2022).

Die sich hieraus entwickelnde Konfliktodynamik führt zu Gefährdungen von Aktiven in der politischen Bildung sowie zu Störungen ihrer Tätigkeit (Jugel und Lewerenz 2022; Sommer und Ratzmann 2022). Unklar ist hierbei jedoch noch, welche Bedingungskonstellationen dafür verantwortlich sind und wie die Betroffenen damit umgehen. Dies untersuchen wir anhand der Situation der politischen Bildung in Sachsen und gehen folgenden drei Fragen nach:

1. Welche Gefährdungen bestehen für Aktive in der politischen Bildung und ihre Tätigkeit durch die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus?
2. Welche Bedingungskonstellationen bringen die Gefährdungen für Aktive in der politischen Bildung hervor?
3. Wie prägen erlebte Gefährdungen die Lebensführung der Aktiven in der politischen Bildung?

Die erste Frage zielt darauf ab, das Ausmaß sowie die Art der Gefährdungen von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen empirisch zu erfassen. Dies bildet die Grundlage, um die dafür relevanten sozialräumlichen und gesellschaftlichen Kontexte auf Ebene der Landkreise zu ermitteln. Anschließend untersuchen wir, ob und, wenn ja, wie die Gefährdungen die Lebensführung von Aktiven in der politischen Bildung prägen.

Die Studie konzentriert sich auf Aktive in der politischen Bildung in Sachsen, weil dort „die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus [...] als hoch [...] einzuschätzen“ (Garsztecki et al. 2024a: 28) ist (siehe auch Garsztecki et al. 2024a: 25–28). Sachsen ist dabei nicht repräsentativ für Deutschland, sondern stellt vielmehr einen Fall dar, bei dem Gefährdungen von Aktiven in der politischen Bildung aufgrund der Stärke der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus als eher wahrscheinlich anzunehmen sind (weiteres zur Fallauswahl in Abschnitt 3.1). Die Konzentration auf Sachsen erlaubt es, die lokalen Kontexte und die Unterschiede zwischen Landkreisen in den Analysen zu den Ursachen der Gefährdungen zu berücksichtigen und so möglichst kontextsensibel die Konflikte zwischen Aktiven der politischen Bildung und der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus zu untersuchen.

## 2 Theoretische Rahmung

### 2.1 Perspektive der Studie

Die Studie legt den Fokus auf Konflikte innerhalb der Zivilgesellschaft um die Geltung der Demokratie als wesentlichen Teil der politischen Kultur zwischen Akteuren der politischen Bildung und der Bewegung des „autoritären Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018a: 117–118).<sup>4</sup> Die Gefahren für Aktive in der politischen Bildung in Sachsen sowie Störungen ihrer Tätigkeit – das Ausmaß, die Ursachen sowie auch der Umgang damit – werden hinsichtlich der dafür relevanten Konfliktkonstellationen und -Dynamiken in der Zivilgesellschaft untersucht. Die hier verwendete Perspektive stützt sich dazu auf Annahmen aus Zivilgesellschaftstheorien (vor allem Alexander 2006; Alexander und Smith 1994), der Konfliktsoziologie (etwa Dahrendorf 1961; Tilly und Tarrow 2015) sowie der Forschung zur Ausbreitung und Institutionalisierung des Rechtsextremismus (Borstel und Luzar 2016; Heitmeyer 1999; Heitmeyer et al. 2021).

Wir beziehen uns dabei nicht auf ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft, das diese

Sphäre primär „als Hort von Demokratie, Partizipation, Emanzipation und gesellschaftlichem Zusammenhalt“ (Schroeder et al. 2022: 20) bzw. als Synonym für „eine Kultur der Zivilität, einschließlich der Hochschätzung von Toleranz, Selbstständigkeit und Leistung sowie die Bereitschaft zum individuellen und kollektiven Engagement über rein private Ziele hinaus“ (Kocka 2001: 10) versteht (vgl. Habermas 1992: 435–467; Rucht 2009). Stattdessen geht unser Interesse an der Zivilgesellschaft darauf zurück, dass es sich um die zentrale gesellschaftliche Sphäre handelt, in der die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft, das heißt ihre Grenzen und Identität, und damit auch die politische Kultur beständig und zum Teil konflikthaft ausgehandelt werden (Alexander 2006: 31; Grande 2018: 52).<sup>5</sup> Die Konflikthaftigkeit dieser Prozesse ist das Ergebnis von (teilweise) widersprüchlichen Ansprüchen, Zielen und Interessen innerhalb der Gesellschaft, die sich in Form von gesellschaftlichen Konflikten zeigen.<sup>6</sup> Solche Konflikte beschränken sich nicht auf die Bereiche institutionalisierter Politik, zum Beispiel das Parlament, sondern finden

---

4 Politische Kultur bezeichnet dabei die „Maßstäbe und Prinzipien, an Hand derer politische Systeme [, Entscheidungen und Akteure, TL & TL] perzipiert und beurteilt werden“ (Rohe 1990: 334) und die politisches Handeln prägen (vgl. Lepsius 1990: 63). Gegenstand der politischen Kultur sind dabei grundlegende Aspekte der Politik, zum Beispiel die Frage nach der Geltung demokratischer Prinzipien, und weniger „Einstellungen oder subjektive Orientierungen“ zu spezifischen Themen (Rohe 1990: 334).

5 So definiert etwa Alexander (2006: 31) Zivilgesellschaft als „solidary sphere, in which a certain kind of universalizing community comes to be culturally defined and to some degree institutionally enforced“.

6 Zur Unterscheidung von gesellschaftlichen Konflikten (Wert-, Verteilungs- und Identitätskonflikten) siehe Kern et al. (2017: 9–14).

in der Öffentlichkeit und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten statt, wobei zivilgesellschaftliche Akteure, seien es soziale Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen, eine zentrale Rolle spielen (Tilly und Tarrow 2015: 7–10). Die jeweiligen Ansprüche, Ziele und Interessen sind die Folge verschiedener Werte und Ideen, denen sich die Akteure verbunden fühlen und die unterschiedliche Mittel nutzen, um diese zu artikulieren und letztlich durchzusetzen. Diese Ziele, Werte, Ideen und Mittel entsprechen dabei nicht zwangsläufig den der Zivilgesellschaft zugeschriebenen normativen Qualitäten, beispielsweise kann keine grundsätzliche Gewaltlosigkeit oder Gemeinwohlorientierung zivilgesellschaftlichen Handelns vorausgesetzt werden (vgl. Grande 2018: 52; Rucht 2009: 75–79; Tilly und Tarrow 2015: 7–10).

Damit wird keineswegs behauptet, dass Werte, Ideen und Normen keine Rolle in der und für die Zivilgesellschaft spielen. Vielmehr wird in der Zivilgesellschaft beständig um die „moralische Regulierung des sozialen Lebens“ (Alexander und Smith 1994: 164) gerungen. Die daran beteiligten Akteure konkurrieren um Einfluss und (Deutungs-)Macht hinsichtlich der Relevanz und ggf. Dominanz von spezifischen Werten, Ideen und Normen für die Gesellschaft (Alexander 2006: 37–50). Die Konflikthaftigkeit ergibt sich dadurch, dass empirisch oftmals kein Konsens über ihre Geltung festzustellen ist, nicht zuletzt weil moderne Gesellschaften nicht umfassend

normativ integriert sind (Alexander 2006: 47). Die in der Zivilgesellschaft verhandelten Werte, Ideen und Normen bilden jedoch die Grundlage, um Handlungsmotive, soziale Beziehungen oder gesellschaftliche Institutionen als ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ zu bewerten, je nachdem ob sie den spezifischen Werten, Ideen und Normen der Gesellschaft entsprechen oder nicht (Alexander 2006: 53–67).

In dieser Perspektive ist die Zivilgesellschaft analytisch autonom, empirisch weist sie jedoch als „intermediate sphere“ (Alexander 1998: 224) starke Interdependenzen mit anderen gesellschaftlichen Wertsphären (zum Beispiel der Politik, der Wirtschaft, etc.) auf und beeinflusst über die gesellschaftliche Prägung von Werten, Ideen und Normen zugleich das Handeln und die Lebensführung der Gesellschaftsmitglieder mit (Alexander 1998: 215–216; Alexander 2006: 33–36; Alexander und Smith 1994: 160–161).<sup>7</sup> Für die vorliegende Studie ist diese Perspektive von Bedeutung, weil in der Zivilgesellschaft auch die grundlegenden Prinzipien der Demokratie, beispielsweise Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit, beständig thematisiert, gegebenenfalls neu in ihrer Bedeutung bestimmt und institutionalisiert werden (Alexander 2006: 37–50). Hierbei werden weder Bedeutungen final festgelegt, noch die unterschiedlichen Vorstellungen zwangsläufig in Form eines Konsenses zusammengeführt (Kern 2016: 101). Stattdessen handelt es sich um dauerhafte Konflikte um die

<sup>7</sup> Hierbei wird keineswegs ein Handlungsdeterminismus durch die Zivilgesellschaft angenommen, da Handeln auch von der Persönlichkeit, dem institutionellen Kontext und Interaktionsdynamiken geprägt wird (Alexander 1998: 211).

politische Kultur als Teil der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft, die durch unterschiedliche Akteure neu aufgegriffen und thematisiert werden. In diesem Sinne ist also „die Rolle der Zivilgesellschaft [...] *ambivalent*“ (Grande 2018: 52, Hervorhebung im Original) im Hinblick auf die Stärkung der Demokratie oder des gesellschaftlichen Zusammenhalts, je nachdem *wie* demokratische Werte und ihre Geltung für *wen* bestimmt werden (vgl. Alexander 2016: 75).

Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft werden auf verschiedenste Weisen und auf unterschiedlichen Ebenen geprägt bzw. verändert. So werden im Rahmen öffentlicher Kommunikation, sei es innerhalb des politischen Systems (zum Beispiel in Parlamenten), in staatlichen Institutionen (beispielsweise Gerichten), in medialen Diskursen, in der Internetkommunikation oder in der „zivilgesellschaftlichen Alltagskommunikation“ (Habermas 2012: 164), Werte, Ideen und Normen thematisiert, gestützt und auch kritisiert (Habermas 2012: 163–165; Alexander und Smith 1994). Die sich aus den Diskursen entwickelnde öffentliche Meinung ist eng verbunden mit kollektivem Handeln in der Zivilgesellschaft, seien es Proteste oder andere Formen politischer Partizipation (Habermas 2012: 169–172; Kern 2008: 155–158). Proteste zielen durch die Artikulation von Ansprüchen an die Gesellschaft auf die Veränderung der öffentlichen Meinung, persönlicher Einstellungen oder politischer Entscheidungen ab (Rucht

1999: 211–215; Meyer und Tarrow 1998: 4; Tilly und Tarrow 2015: 7–8). Es besteht also einerseits oftmals ein spannungsgeladenes Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung und den Zielen kollektiven Handelns. Andererseits bedarf zivilgesellschaftliches Handeln neben anderen Bedingungen auch eines gewissen Ausmaßes an Legitimation, zumindest in den dafür relevanten spezifischen Milieus oder Gruppen. Dies gilt nicht zuletzt für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus, die einen grundlegenden Wandel der politischen Kultur und gesellschaftlichen Ordnung anstrebt und dafür auf gesellschaftliche Legitimation und Resonanz („resonance“, Benford und Snow 2000: 619) angewiesen ist (Heitmeyer et al. 2021: 64–68).<sup>8</sup> Letzteres verweist unter anderem auf die konkreten sozialräumlichen Kontexte für zivilgesellschaftliche Akteure und ihr Handeln (vgl. McAdam und Boudet 2012).

Für unsere Studie zu den Gefährdungen für Aktive in der politischen Bildung sowie über Störungen ihrer Tätigkeit durch die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus sind die sozialräumlichen Kontexte von besonderem Interesse (vgl. Heitmeyer 1999: 60–62; Heitmeyer et al. 2021: 178–195). Zum einen sind die Strategien und die Mittel zivilgesellschaftlicher Akteure an den spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten, an den Verbündeten oder den relevanten Kontrahent\*innen orientiert (Dahrendorf 1961: 217–218; Alexander 2006: 229–234;

---

<sup>8</sup> Resonanz bezeichnet den gesellschaftlichen Widerhall der Deutungen einer Bewegung in einem spezifischen Kontext (Benford und Snow 2000: 619–622).

Tarrow 2015: 86–87; Tilly 1993: 265–266).<sup>9</sup> Das schließt auch die Ausübung von Gewalt im Rahmen eines Konflikts mit ein. Wird Gewalt ausgeübt, dann handelt es sich aufgrund der damit artikulierten Ansprüche um politische Gewalt, „wenn sie auf die Herstellung oder Veränderung gesellschaftlicher Ordnung zielt, oder in diesem Sinne gedeutet wird“ (Beck 2020: 1; vgl. Bosi und Giugni 2012: 29). Zum anderen zeigen Forschungen zur Ausbreitung und Institutionalisierung des Rechtsextremismus, dass sich sozial-räumlich verortbare Konflikte um die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft auf lokaler Ebene als „Raumordnungskämpfe“ (Heitmeyer et al. 2021: 195–201; vgl. Heitmeyer 1999: 67–72; Borstel und Luzar 2016) erfassen lassen.

Zwischen Aktiven der politischen Bildung und der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus besteht, so unsere Annahme, ein Konflikt um die Geltung demokratischer Ideale als Teil ebenjener „Raumordnung“ (Borstel und Luzar 2016: 43; vgl. Heitmeyer et al. 2021: 196). Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus hat dabei „Geländegewinne“ (Borstel und Luzar 2016) zur Steigerung ihrer Wahrnehmung sowie ihres gesellschaftlichen und politischen Einflusses zum Ziel, um ihre antidemokratischen Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung von Politik und Gesellschaft

durchzusetzen (Borstel und Luzar 2016: 42–43; Heitmeyer et al. 2021: 195). Hierbei werden vier Konflikttypen unterschieden, die sich je nach dem *Verhältnis der Konflikttakteure* zueinander, vor allem hinsichtlich der Stärke der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus, und der daraus sich entwickelnden *Konfliktdynamiken* geordnet sind. Diese beiden Dimensionen sind der Ausgangspunkt, um unterschiedliche lokale Konfliktkonstellationen zu unterscheiden (Heitmeyer et al. 2021: 196–201; Heitmeyer 1999: 68–71; Borstel und Luzar 2016: 41–43; vgl. Dahrendorf 1961: 203–207):<sup>10</sup> Der Typus „*Provokationsgewinne*“ bezeichnet die Suche nach Aufmerksamkeit und Wahrnehmung von relativ marginalen rechtsextremen Akteuren. Der lokale gesellschaftliche Kontext stimmt dabei mit ihren Zielen nicht überein. Zunehmend erstarkte rechtsextreme Akteure streben dagegen „*Räumungsgewinne*“ als weiteren Typus an, die sich in Form von Bestrebungen zur Ausübung „kulturelle[r] Hegemonie“ gegenüber anderen Gruppen zeigen (Heitmeyer et al. 2021: 196). Räumungsgewinne gehen dabei oft mit Gewalt gegen spezifische Gruppen einher, die als Gegner rechtsextremer Bestrebungen identifiziert werden (Heitmeyer et al. 2021: 200; Heitmeyer 1999: 69). „*Raumgewinne*“ bezeichnen in einem weiteren Typus die Absicherung der erzielten Räumungsgewinne, was sich auch

<sup>9</sup> Dahrendorf (1961: 125) spricht bezüglich der Ursachen für Konflikte von „strukturell erzeugten Gegensatzbeziehungen von Normen und Erwartungen, Institutionen und Gruppen“. Diese Strukturen bilden den Ausgangspunkt für die Konflikte, können jedoch nicht deren Dynamik erklären (Dahrendorf 1961: 217–218).

<sup>10</sup> Dahrendorf (1961: 203–207) klassifiziert Konflikte anhand des Größenverhältnisses der Konflikttakteure und macht damit auf die sich daraus entwickelnden Dynamiken aufmerksam. Dieser Zusammenhang wird in der Typologie der Raumordnungskämpfe auch thematisiert (siehe Heitmeyer et al. 2021: 195–201; Heitmeyer 1999: 67–72; Borstel und Luzar 2016), weshalb zu diesem Aspekt die beiden Perspektiven im Folgenden verbunden werden.

in verstärkter Akzeptanz der weiter erstarken rechtsextremen Akteure im Lokalen zeigt (Heitmeyer et al. 2021: 196–197; Heitmeyer 1999: 69–71). Dies umfasst auch Formen symbolischer Repräsentation und die „Sichtbarkeit“ (Heitmeyer 1999: 69) rechtsextremer Akteure in der lokalen Öffentlichkeit (Borstel und Luzar 2016: 43). „*Normalisierungsgewinne*“ als vierten Typus sind davon gekennzeichnet, dass die „rechtsextreme Präsenz vor Ort als normal wahrgenommen wird“ (Heitmeyer et al. 2021: 197; vgl. Heitmeyer 1999: 70). Die Dominanz rechtsextremer Akteure basiert dabei nicht zuletzt auf Akzeptanz innerhalb der lokalen Gesellschaft und führte zum Wandel ihrer kulturellen Grundlagen (Heitmeyer 1999: 70).

Die Konflikte prägen die gesellschaftliche Ordnung und wirken sich auch auf die Arbeitsweise und gegebenenfalls die Lebensführung von Aktiven in der politischen Bildung als Antagonist\*innen der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus aus. Um dies zu erfassen, untersuchen wir auch ihren Umgang mit den Gefahren und Störungen als Folgen des Konflikts. Von Interesse ist für uns zunächst, welche Mittel gegen Aktive der politischen Bildung im Rahmen des Konflikts von Seiten der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus eingesetzt und, konkreter, inwieweit gewaltsame bzw. Mittel der „unzivilen“ Konfliktaustragung angewandt wer-

den.<sup>11</sup> Diesbezüglich unterscheiden wir zwischen physischer Gewalt gegen Aktive in der politischen Bildung, Beleidigungen und Bedrohungen ihrer Person sowie Störungen ihrer Tätigkeit: So hat physische Gewalt zum Ziel „vorsätzlich die körperliche Unversehrtheit eines Menschen zu beschädigen“ (Christ und Gudehus 2013: 2; vgl. Beck und Schlichte 2014: 12, 36). Beleidigungen, (verbale) Bedrohungen und „hate speech“ (Butler 2006: 32) sind dagegen Formen „symbolische[r] Verletzung“ (Herrmann 2013: 110), die bestehende Machtverhältnisse widerspiegeln oder Dominanz beziehungsweise Ausgrenzung anstreben (Butler 2006: 37), ohne die physische Dimension der Gewalt. Des Weiteren sind Störungen der politischen Bildung als Mittel im Konflikt zu unterscheiden (Jugel und Lewerenz 2022: 8–9). Störungen haben einerseits die grundsätzliche Be- bzw. Verhinderung politischer Bildung zum Ziel, etwa durch den (angedrohten) Einsatz für die Entziehung ihrer finanziellen Grundlagen. Andererseits umfasst dies auch Handlungen, die die Arbeit der Tätigen in der politischen Bildung erschwert, sei es durch Cyberattacken auf Trägerorganisationen oder durch Wortergreifungen im Rahmen von Veranstaltungen. Die Störungen richten sich somit nicht gegen konkrete Personen, sondern vornehmlich gegen die Ausübung ihrer Tätigkeit. Aufgrund der Unterschiede zwischen den Mitteln untersuchen wir die gesellschaftlichen Bedingungen dafür separat.

---

<sup>11</sup> Solche teilweise gewaltsamen und „unzivilen“ Mittel der Konfliktaustragung in der Zivilgesellschaft sind dabei nicht zwangsläufig juristisch strafbar, aber entsprechen überwiegend nicht den gesellschaftlichen Standards. Aufgrund dessen werden sie zumeist gesellschaftlich verurteilt (Stack und Alexander 2019: 1–2). Stack und Alexander (2019: 1) sprechen in diesem Kontext von „radical acts“, die auf gesellschaftlicher Ebene das Ziel haben „to disrupt, confront, and subvert public order“.

Die hier skizzierte Perspektive verortet den Konflikt zwischen den Aktiven der politischen Bildung und der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus somit als Kampf um die kulturelle Ordnung in der Zivilgesellschaft, der mit unterschiedlichen Mitteln auf lokaler Ebene ausgetragen wird. Es treffen dabei nicht ‚links‘ und ‚rechts‘ aufeinander, sondern die Verteidiger\*innen der freiheitlich demokratischen Grundordnung gegen eine Bewegung, die diese Ordnung stark modifizieren beziehungsweise abschaffen will.

## 2.2 Aktive in der politischen Bildung als zivilgesellschaftliche Akteure

Politische Bildung umfasst in schulischen sowie in außerschulischen Kontexten

„Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren“ (Europarat 2010: 7).

Diese Definition verweist auf unterschiedliche Lernziele, in deren Zentrum „die Demokratie als normative Idee“ steht (Hufer 2016: 22). So ist politische Bildungsarbeit nicht „wertneutral“ [...], da sie an demokratische Prinzipien (Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechte, Minderheitenschutz) gebunden ist“ (BMFSFJ 2020: 125; vgl. May 2022: 647; Regier 2023: 14). Deshalb fungiert die politische Bildung, trotz Unterschieden in der spezifischen Ausrichtung und Zielsetzung, grundsätzlich als „Transmitter für die Demokratie“ (Achour 2021: 312), indem sie demokratische Werte, Wissen und Motivation vermittelt und wichtige Ressourcen für Bürger\*innen bereitstellt (Kißler 2007: 80–83; siehe für einen konzisen Überblick Kolleck 2022: 41–55). Hierbei steht Wissensvermittlung an Individuen zur Stärkung ihrer „Mündigkeit“ im Fokus (Kolleck 2022: 41–44) und, eng damit verbunden, soll mittels politischer Bildung die „Demokratisierung der Gesellschaft“ und „die kritische Bewertung der praktizierten gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ gefördert werden (Hufer 2016: 22).<sup>12</sup> Politische Bildung ist dabei selbst politisch, nicht zuletzt in dem Sinne, dass sie sich gegen demokratiefeindliche Vorstellungen und Akteure wendet, um deren Vordringen in der Gesellschaft möglichst zu verhindern (Achour 2021: 317–319). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die politische Bildung insgesamt auf die Aufgabe der „extremismuspräventiven De-

<sup>12</sup> Über die Rolle der politischen Bildung hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Bewahrung beziehungsweise Veränderung der Demokratie sowie der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gibt es in der Fachdiskussion kontroverse Ansichten, wobei die demokratische Grundausrichtung der politischen Bildung keineswegs in Frage gestellt wird. Für einen Überblick der Kontroverse siehe etwa Regier (2023: 51–76) oder May (2021).

mokratieförderung“ reduziert werden kann oder sollte (Widmaier 2022: 178).<sup>13</sup> Vielmehr soll sich politische Bildung an alle Menschen richten, da antidemokratische Einstellungen inmitten der Gesellschaft entstehen (Niehoff 2021: 358).

Mit ihrer grundlegenden Bindung an die Werte und Ideale der Demokratie, ergreift die politische Bildung eindeutig Position hinsichtlich der Aushandlung der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft.<sup>14</sup> Die Aktiven in der politischen Bildungsarbeit sind damit zentrale Akteure in der Zivilgesellschaft, die die Einhaltung von Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechten, Minderheitenschutz etc. fördern, „Demokratie als Gesellschaftsform“ (Himmelman 2018: 37) stärken sowie die Herausbildung aktiver und kritischer Bürger\*innen unterstützen, während sie selbstreflexiv bleibt (Lange 2020: 8; Niehoff 2021: 361; vgl. Alexander 2006: 37–50).<sup>15</sup> Die in den vergangenen Jahren entwickelte Position der reflexiven politischen Bildung richtet den Fokus auf die Entwicklung von „Mündigkeit“ (Müller 2021: 11): „Wo, wie und wodurch werden die Denk-, Handlungs- und Urteilsfähigkeiten der Lernenden unterstützt und verstellt?“ (Müller und Scaramuzza 2023: 8). Sie berücksichtigt die Autonomie der Subjekte und ihre unterschiedlichen Reaktionen auf Bildungsangebote. Außer-

dem befragt sie eigene normative Annahmen, um diese Bildungsangebote besser gestalten zu können, jedoch ohne „zum absoluten Relativismus, zur Beliebigkeit bei[zu]tragen“ (Müller 2021: 12; vgl. Müller und Scaramuzza 2023: 14). Wir nehmen an, dass die Reflexivität sowohl im Selbstverständnis als auch in der Arbeitsweise der hier untersuchten politischen Bildner\*innen eine Rolle spielt, wenn sie auf Bedrohungskonstellationen reagieren, eben weil sie Teil einer vielschichtigen und konfliktreichen Zivilgesellschaft sind, die die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft permanent aushandelt.

Eine zivilgesellschaftliche Verortung der außerschulischen politischen Bildung ergibt sich zudem daraus, dass die dafür zuständigen Organisationen überwiegend dem „Dritten Sektor“ (Anheier et al. 2000) zuzuordnen sind (Bielenberg 2016; Kolleck 2022: 119–135).<sup>16</sup> Dies trifft umso mehr für die vorliegende Studie zu, die Aktive in der politischen Bildung in Sachsen untersucht, die vornehmlich in Organisationen und Initiativen des Dritten Sektors tätig sind. Denn gerade in Reaktion auf die zunehmende Bedrohung durch den Rechtsextremismus entstand eine Vielzahl von Akteuren der außerschulischen politischen Bildung in Ostdeutschland (Widmaier 2022: 179).

---

13 Zum Versuch der Steuerung politischer Bildung zum Zweck der Extremismusprävention siehe etwa Widmaier (2022) oder Niehoff (2021).

14 Hierbei folgt die außerschulische politische Bildung jedoch nicht zwingend den Standards der schulischen politischen Bildung, wie dem Beutelsbacher Konsens (Kolleck 2022: 16).

15 In der Zivilgesellschaftstheorie von Alexander (2006) wird die zentrale Bedeutung von Institutionen und Akteuren der Bildung nicht thematisiert, obwohl, wie Honneth (2013: 301) hervorhebt, diese für die Reproduktion der kulturellen Ordnung der Gesellschaft und der Demokratie eine wichtige Rolle spielen.

16 Der Dritte Sektor zeichnet sich grundlegend dadurch aus, dass die darin tätigen Organisationen weder dem Staat, dem Markt noch dem familialen Bereich zuzuordnen und gemeinwohlorientiert sind (Anheier et al. 2000: 74–75).



### 2.3 Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus als zivilgesellschaftlicher Akteur

Die Studie fragt nach den Gefahren für Aktive in der politischen Bildung in Sachsen und fokussiert sich dabei auf Akteure mit rechtspopulistischen, völkisch-nationalen, rechtsextremen oder antidemokratischen Motiven als deren Ursache. Hierbei liegt das Interesse weniger auf einzelnen Akteuren oder Gruppen, obwohl sie im jeweiligen Kontext klar benennbar sind, sondern auf den insgesamt von rechts außen ausgehenden Gefahren für Aktive in der politischen Bildung. Daher wird im Folgenden eine Perspektive der Bewegungsforschung auf Rechtsextremismus und/oder Rechtspopulismus in der Gesellschaft verwendet (Grumke 2008; Rucht 2002, 2022). Demnach wird von einer Bewegung des „autoritären Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018) gesprochen, die unterschiedliche, miteinander vernetzte und durch eine geteilte kollektive Identität verbundene Akteure umfasst.<sup>17</sup>

Der Begriff des „autoritären Nationalradikalismus“ umfasst eine Vielzahl rechtspopulistischer sowie rechtsextremer und zum Teil gewaltbereiter Akteure, die im Hinblick auf ihr ideologisches Fundament und ihre politischen Ziele große Überschneidungen aufweisen (Heitmeyer 2018a: 117–118; 2018b: 231–236; Heitmeyer et al. 2021: 102–144). Charakteristisch für die Bewe-

gung des autoritären Nationalradikalismus ist nach Heitmeyer (2018: 118) eine angestrebte autoritäre Führung in Politik und Gesellschaft, inklusive „hierarchischer sozialer Ordnung“, die „Betonung der exzeptionellen Stellung des deutschen Volkes“ sowie die Nutzung eines die „ethische[n] und moralische[n] Grenzen überschreitenden Mobilisierungsstil[s]“. Die angeführten Ziele und Mittel des autoritären Nationalradikalismus treffen sowohl auf rechtspopulistische als auch auf rechtsextreme Akteure zu. Die geteilten Überzeugungen (zum Beispiel Antipluralismus, Ethnopluralismus) bilden die Basis für die Zuordnung unterschiedlicher Akteure zur Bewegung, die darüber hinaus ein gewisses Maß an Vernetzung untereinander aufweisen (Heitmeyer 2018a: 117–118; vgl. Grumke 2008: 479–481; Müller 2017: 42–44). Der autoritäre Nationalradikalismus dient somit als Sammelbegriff für unterschiedliche Akteure, jedoch sollen damit bestehende Unterschiede zwischen ihnen, beispielsweise hinsichtlich ihrer Radikalität oder der von ihnen gewählten Mittel (vor allem die Frage nach dem Einsatz von physischer Gewalt), nicht geleugnet werden (Heitmeyer 2018a: 117–118). Teil der Bewegung sind etwa sogenannte Freie Kameradschaften, Parteien wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der „III. Weg“, Akteure der „neuen“ Rechten (Pfahl-Traughber 2022: 14) und Bewegungen wie die „Freien Sachsen“ (Rippl 2024) oder „PEGIDA“ (Kocyba 2021; vgl. Grumke 2008: 481–486).

<sup>17</sup> Grundlegend für die Bestimmung ist Rucht und Neidhardt (2007: 634) Definition von sozialen Bewegungen als „soziale Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppe und Organisationen [...], die – mehr oder weniger gestützt auf kollektive Identitätsgefühle – mit gemeinsamen Aktionen Protest ausdrücken, um soziale bzw. politische Verhältnisse zu verändern oder um sich vollziehenden Veränderungen entgegenzuwirken“.

Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus ist, so unsere Annahme, der zentrale Akteur hinsichtlich der „*Ausdifferenzierung* und *Dynamisierung* rechter Bedrohungsallianzen“ (Heitmeyer et al. 2021: 266, Hervorhebung im Original), „die sich gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie richten“ (Heitmeyer et al. 2021: 18). Dies erfolgt durch ein „Eindringen“ und, damit einhergehend, der intendierten „Destabilisierung von *Institutionen* der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie“ (Heitmeyer 2018b: 236, Hervorhebung im Original). Mit der Präsenz der AfD in Parlamenten und der politischen Öffentlichkeit gehen beispielsweise Veränderungen in öffentlichen Diskursen einher, thematisch sowie auch hinsichtlich einer Verrohung des Stils, sodass Störaktionen oder gar Gewalt gegen demokratiefördernde Akteure legitimiert werden. Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus greift dazu auch vorhandene menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung auf (Heitmeyer et al. 2021: 59). In diesem Sinne sind die bereits erwähnten Raumordnungskämpfe (siehe Abschnitt 2.1) zu verstehen, in denen Aktive der politischen Bildung als institutionelle Stützen der Demokratie angegriffen und destabilisiert werden.

Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus hat im letzten Jahrzehnt an politischer Bedeutung und gesellschaftlicher Sichtbarkeit gewonnen, nicht zuletzt in Sachsen (Garsztecki et al. 2024b: 25–28; Rees et al. 2021: 117–122; Rippl 2019: 105–106; vgl. Grande 2018: 55). Aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung besteht ein grundlegender Konflikt zwischen dieser Bewegung und der politischen Bildungsarbeit (siehe Abschnitt 2.2). Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus zielt auf „Geländegewinne“ in lokalen Kontexten ab, die sich durch die Einflussnahme auf politische Entscheidungen, „Dominanz“ in der Gesellschaft sowie die Normalisierung ihrer Akteure und Einstellungen manifestieren (Borstel und Luzar 2016: 42–43). Neben dem politischen System ist vor allem die Zivilgesellschaft die zentrale Konfliktarena, in der die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus ihre Legitimität zu steigern beabsichtigt. Dies geschieht unter anderem durch Diskursverschiebungen oder die Gewinnung von Räumen für die Umsetzung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ziele (vgl. Garsztecki et al. 2024a: 16–18). Im Folgenden untersuchen wir, welche Mittel dabei verwendet werden und welche gesellschaftlichen Kontexte dafür förderlich sind.

## 3 Methodisches Vorgehen

### 3.1 Fokus auf Sachsen

Der Freistaat Sachsen wurde für diese Studie aufgrund der dort vorherrschenden Bedrohungslage durch den autoritären Nationalradikalismus ausgewählt, die im Folgenden skizziert wird.<sup>18</sup> So lassen sich in Sachsen zum Teil „etablierte Strukturen der rechten Szene“ feststellen (Rippl 2019: 105), was sich etwa an der hohen Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten zeigt. Ebenjene Gewalt gegen vermeintliche „politische Gegner\*innen“ sowie gegen „Nichtrechte und Alternative“ blieb in den letzten Jahren auf demselben hohen Niveau (RAA Sachsen e.V. 2023), wobei das Niveau in Sachsen durchweg deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt (Backes 2021: 120). Doch nicht bloß auf den Straßen ist der völkische Nationalismus präsent, sondern auch im Parlament: In Sachsen erzielte die AfD ihr bundesweit stärkstes Ergebnis bei der Bundestagswahl 2021 (25,7 Prozent bei den Erst- und 24,6 Prozent bei den Zweitstimmen, Bundestagswahlleiter 2021). Bereits zuvor konnte die AfD in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders viele Wähler\*innen hinter sich versammeln (Kailitz 2020: 180). Die Stärke der AfD schließt damit an die Wahlerfolge der NPD in Sachsen 2004 und 2009 an (Kailitz 2021c: 21).

Die Wahlergebnisse rechtspopulistischer und völkisch-nationaler Parteien sind nicht nur für die Zusammensetzung des Parlaments von Bedeutung, sie dienen auch als Spiegel für derartige Einstellungen in der Bevölkerung, die in Sachsen weit verbreitet sind (Rees et al. 2021: 117, 120). Dementsprechend zeigt sich in Wahlkreisen mit einem hohen AfD-Stimmenanteil mit einer größeren Wahrscheinlichkeit „ein Klima der Feindseligkeit gegen soziale Gruppen und Menschen“ (Rees et al. 2021: 122), die dem eigenen Weltbild nicht entsprechen.

Die skizzierten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sind dabei nicht zufällig, sondern (teilweise) die Folge des strategischen Handelns rechtsextremer Akteure. So identifizierte etwa im Jahr 2019 der Verleger und Publizist Götz Kubitschek in Sachsen die größten Erfolgchancen für die Ziele des Rechtsextremismus (Nattke 2021: 91). Dieser Wahrnehmung folgend intensivierten rechtsextreme Akteure ihre Aktivitäten im Freistaat (Nattke 2021: 91–92). Zudem wurden die Entwicklungen durch eine Verharmlosung des Rechtsextremismus durch die seit 34 Jahren die Staatsregierung anführende CDU begünstigt (Rippl 2019: 105–106). Engagement gegen Rechtsextremismus wurde etwa als

---

<sup>18</sup> Zum Ausmaß der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in Sachsen siehe etwa Kailitz (2021a), Backes und Kailitz (2020), Garsztecki et al. (2024b) oder den aktuellen Sachsen-Monitor 2023 (Dimap 2024).

„Linksextremismus“ diffamiert und, passend dazu, die politische Bildung über lange Zeit kaum finanziell gefördert (Rippl 2019: 106; vgl. Achour 2021: 317; Quent 2019: 24).

Aufgrund dieser Ausführungen handelt es sich im Falle Sachsens um einen „most-likely case“ (Eckstein 1975: 118–119) für die Gefährdungen der politischen Bildung von rechts außen.<sup>19</sup> Die Fallauswahl schwächt dabei nicht die Erkenntnisse dieser explorativen Studie, jedoch sind die Ergebnisse aufgrund dessen im Hinblick auf ihren spezifischen Kontext einzuordnen. Die Situation der politischen Bildung in Sachsen steht somit nicht stellvertretend für ihre Situation in Deutschland. Wohl können die Ergebnisse jedoch als Heuristik für andere Fälle dienen, um Muster hinsichtlich der Ursachen für die Gefahren von rechts für Aktive in der politischen Bildung weiterführend zu untersuchen (vgl. Krell und Lamnek 2016: 298).

### 3.2 Datenerhebung und Forschungsdesign

Die Studie stützt sich auf Informationen und Daten aus einer standardisierten Online-Erhebung unter Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen.<sup>20</sup> Hierzu wurden zunächst die relevanten Akteure recherchiert, da eine vollständige Datenbank zu Organisationen und Trägern politischer Bildung in Sachsen nicht vorliegt. In einem

ersten Schritt wurden deshalb ausgehend von Informationen zu Förderprogrammen für die politische Bildung, zum Beispiel das „Demokratie leben!“-Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder „Weltoffenes Sachsen“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, relevante Organisationen und Träger in Sachsen identifiziert. In einem zweiten Schritt wurde die Liste im Abgleich mit Expert\*innen aus dem Feld noch erheblich erweitert und weitestgehend komplettiert. Anhand von zwei Auswahlkriterien – die Organisation ist in Sachsen und in der politischen Bildung (vor allem im Bereich Demokratieförderung oder Rechtsextremismusprävention) tätig – wurden schlussendlich 121 Träger bzw. Organisationen ermittelt. Aufgrund der Vielfalt der organisationalen Basis der politischen Bildung in Sachsen, kann die Liste (leider) keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie erfasst jedoch einen Großteil der relevanten Träger. Ebenjene Träger und Organisationen sind dabei vornehmlich im Dritten Sektor (siehe Abschnitt 2.2) zu verorten.

Ausgehend von den Trägern und Organisationen wurden die E-Mail-Adressen von 353 Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen recherchiert. In Fällen, in denen dies nicht möglich war, zum Beispiel weil keine E-Mail-Adressen aufzufinden waren bzw. diese uns auf Nach-

---

19 Im Falle eines „most-likely case“ erhöhen die Kontexte die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein des untersuchten Phänomens (Eckstein 1975: 118–119; vgl. Blatter et al. 2018: 282–283). Teile der Fallauswahlkriterien werden in den folgenden Analysen hinsichtlich ihrer Bedeutung als womöglich hinreichend oder notwendig untersucht (vgl. King et al. 1994: 137).

20 Zur Erhebungsmethode der Online-Erhebung siehe Wagner und Hering (2014).

frage nicht übermittelt wurden, baten wir die Träger bzw. Organisationen den Link zur Online-Erhebung an Aktive in der politischen Bildung weiterzuleiten. Wir schätzen, dass letztlich ca. 500 Personen, direkt oder indirekt, die Anfrage zur Teilnahme an der Online-Erhebung erhalten haben.

Der Online-Fragebogen wurde teilweise unter Rückgriff auf existierende Umfragen (beispielsweise Freiwilligensurvey 2019; Sommer und Ratzmann 2022) entwickelt und teilweise eigenständig konzipiert sowie vor der Datenerhebung einem Pretest unterzogen, bevor sie schließlich per Einladungslink zwischen dem 26. Mai und 16. Juni 2023 beantwortet werden konnte. Im Rahmen des Online-Fragebogens wurden Informationen zu den teilnehmenden Personen erhoben (zum Beispiel Alter, Berufserfahrung, Arbeitsort, Motive ihrer Tätigkeit), ebenso wie Informationen über selbst erlebte Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen im Kontext der Tätigkeit in der politischen Bildung. Wenn vorhanden, wurden bestehende (validierte) Konstrukte inklusive der Items aus bestehenden Studien verwendet. Ausgehend davon sollte auch der zeitliche Wandel des Ausmaßes der Bedrohungen sowie der Störungen der Arbeit angegeben werden und auch der jeweilige Umgang damit beziehungsweise welche Maßnahmen ergriffen wurden.

Der Fragebogen der Online-Erhebung wurde von 134 Personen nahezu vollständig ausge-

füllt, was einer Rücklaufquote von 26,8 Prozent entspricht (ausgehend von den geschätzten 500 Personen, die eine Einladung zur Teilnahme an der Befragung erhalten haben). Somit handelt es sich weder um eine Vollerhebung der Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen, noch um eine repräsentative Umfrage. Nichtsdestotrotz glauben wir, dass auf Basis der Angaben wichtige Informationen über das Ausmaß der Bedrohungen von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen sowie über die Störung ihrer Arbeit gewonnen werden können. Zudem greifen wir, vor allem für die Analyse der Kontexte für Bedrohungen und Störungen der Arbeit, auch auf Sekundärdaten aus bereits erfolgten Erhebungen zurück. Diese Daten werden dabei den Fällen auf Grundlage der Angaben zum jeweiligen Tätigkeitsort zugeordnet. Im Hinblick auf die dafür relevanten Kontexte sowie die Folgen werden Typen ermittelt, die hinreichende und/oder notwendige Konstellationen für die Gefahren von Aktiven in der politischen Bildung beschreiben und die im Zuge anschließender Forschung weiterentwickelt werden können (Lamnek 2005: 230–231; Ragin 1987: 149; siehe Abschnitt 6).

Zur Ergänzung der quantitativen Online-Erhebung wurden zehn Leitfadeninterviews mit Aktiven in der politischen Bildung geführt.<sup>21</sup> Im Fokus der Interviews standen die wahrgenommenen Ursachen und Kontexte für erlebte Bedrohungen und erfahrene Störungen sowie der jeweilige Umgang damit. Die rekrutierten Personen

---

21 Bis auf ein Interview fanden sie auf Wunsch der interviewten Personen per Videokonferenz beziehungsweise telefonisch statt und dauerten etwa eine Stunde.

sollten möglichst langjährig in der politischen Bildung aktiv sein, um eine gewisse Expertise für das Arbeitsumfeld in verschiedenen Kontexten zu besitzen. Mögliche Akteure wurden aus der im Rahmen des Projekts recherchierten Liste von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen ausgewählt und per E-Mail angefragt. Hierbei wurde versucht, Personen aus verschiedenen Landkreisen mit einzubeziehen. Die Anzahl der Interviews ergab sich durch eine zu beobachtende empirische Sättigung durch die interviewenden Personen (Blatter et al. 2018: 112).

Alle interviewten Personen arbeiten bei Trägern politischer Bildung, die von staatlichen Mitteln mitfinanziert werden. Ihre Zielgruppen bestehen aus der Gesamtheit der Bevölkerung, die Angebote erreichen Kinder bzw. Schüler\*innen, Auszubildende, Gruppen in Unternehmen, Geflüchtete und Migrant\*innen, oder Senior\*innen.

Alle Interviews wurden anhand desselben Leitfadens durchgeführt, der mithilfe von Fragen die inhaltliche Richtung vorgab, ohne jedoch die interviewten Personen hinsichtlich weiterer

Themen- oder Schwerpunktsetzungen einzuschränken (Helfferich 2014: 565–566). Die aufgezeichneten Interviews wurden vollständig, aber ohne non-semantische Verzögerungslaute und Dialektfärbungen transkribiert. Die Texte wurden dann systematisch einem qualitativ-induktiven Analyseverfahren unterzogen, um ausgehend von den Fragestellungen der Studie ein Kategoriensystem durch offene Kodierung zu erarbeiten, welches das Datenmaterial nach empirisch und theoretisch sinnvollen Aspekten ordnet (Mayring 2007: 22). Die Ergebnisse aus den Interviews beanspruchen keineswegs Repräsentativität, geben aber Einblicke in die Situation von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen und Plausibilisieren die Ergebnisse der Online-Erhebung.

Aufgrund des unterschiedlichen methodischen Vorgehens ergänzen sich die Daten aus der Online-Erhebung und die Informationen aus den Leitfadeninterviews wechselseitig und ermöglichen damit einen umfassenderen Blick auf die Situation der Aktiven in der politischen Bildung (Burzan 2016: 40–41; Flick 2007: 44–45).

## 4 Wer sind die befragten Aktiven in der politischen Bildung?

Im nun folgenden Abschnitt gehen wir auf einige ausgewählte deskriptive Erkenntnisse aus der Online-Erhebung ein, um mehr über die befragten Personen zu erfahren. Diese Informationen bilden den Hintergrund, vor dem die weiteren Analyseergebnisse in den folgenden Abschnitten interpretiert werden.

Die Teilnehmenden an der Umfrage identifizieren sich mehrheitlich als weiblich (59,7 Prozent), zu 32,6 Prozent als männlich und zu 7,8 Prozent als nicht-binär oder gender-queer. Die Befragten sind im Schnitt ca. 38 Jahre alt, wobei die Altersspanne von 22 bis 69 Jahren reicht (siehe Anhang A). Es handelt sich zudem (wenig überraschend) um eine hochgebildete Population: 87,2 Prozent der befragten Personen geben an, über mindestens einen Fachhochschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss zu verfügen (siehe Anhang B). Bemerkenswert scheint uns auch, dass die befragten Personen ein außerordentliches Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement aufweisen. So geben nur 4,5 Prozent der befragten Personen an, nicht in einem Verein, einer Initiative oder in einer zivilgesellschaftlichen Organisation aktiv zu sein.<sup>22</sup>

Zu ihrer Tätigkeit geben die befragten Personen an, dass 62,7 Prozent von ihnen hauptsächlich in der außerschulischen politischen Bildung, 13,4 Prozent vornehmlich in der schulischen politischen Bildung sowie 23,9 Prozent sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen politischen Bildung aktiv sind. Im Mittel sind die befragten Personen seit 2014 in der politischen Bildung aktiv (siehe Anhang C). Hinsichtlich des Ortes ihrer Tätigkeit zeigen sich unter den befragten Personen große Unterschiede zwischen den Landkreisen (siehe Tabelle 1). Ein sehr großer Teil (42,5 Prozent) ist in Leipzig und Dresden, den beiden größten Städten Sachsens, tätig. Chemnitz als drittgrößte Stadt Sachsens ist hingegen mit 7,5 Prozent nicht derart prominent vertreten, was noch stärker auf einige Landkreise – vor allem Nordsachsen, Meißen oder den Vogtlandkreis – zutrifft. Für die weiteren Analysen gehen wir aufgrund der sehr ungleichen räumlichen Verteilung der befragten Personen nicht weiter auf die konkrete Situation der politischen Bildung in einzelnen Landkreisen ein. Anhand der Landkreise werden in Abschnitt 6 jedoch die Kontextbedingungen ermittelt, um die Situation der befragten Personen zu erfassen und zu untersuchen.

---

<sup>22</sup> Der deutsche Freiwilligensurvey 2019 hat ermittelt, dass 39,7 Prozent der Deutschen freiwillig engagiert sind (Simonson et al. 2022: 1).

Tabelle 1:  
Angaben über den Ort der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen

| Landkreise in Sachsen            | Häufigkeit | Prozent      |
|----------------------------------|------------|--------------|
| Bautzen                          | 11         | 8,2          |
| Chemnitz                         | 10         | 7,5          |
| Dresden                          | 27         | 20,1         |
| Erzgebirgskreis                  | 5          | 3,7          |
| Görlitz                          | 11         | 8,2          |
| Leipzig (Stadt)                  | 30         | 22,4         |
| Kreis Leipzig                    | 11         | 8,2          |
| Meißen                           | 2          | 1,5          |
| Mittelsachsen                    | 10         | 7,5          |
| Nordsachsen                      | 1          | 0,7          |
| Sächsische Schweiz-Osterzgebirge | 9          | 6,7          |
| Vogtlandkreis                    | 1          | 0,7          |
| Zwickau                          | 6          | 4,5          |
| <b>Gesamt</b>                    | <b>134</b> | <b>100,0</b> |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Abweichungen von 100 Prozent beruhen auf Rundungen.

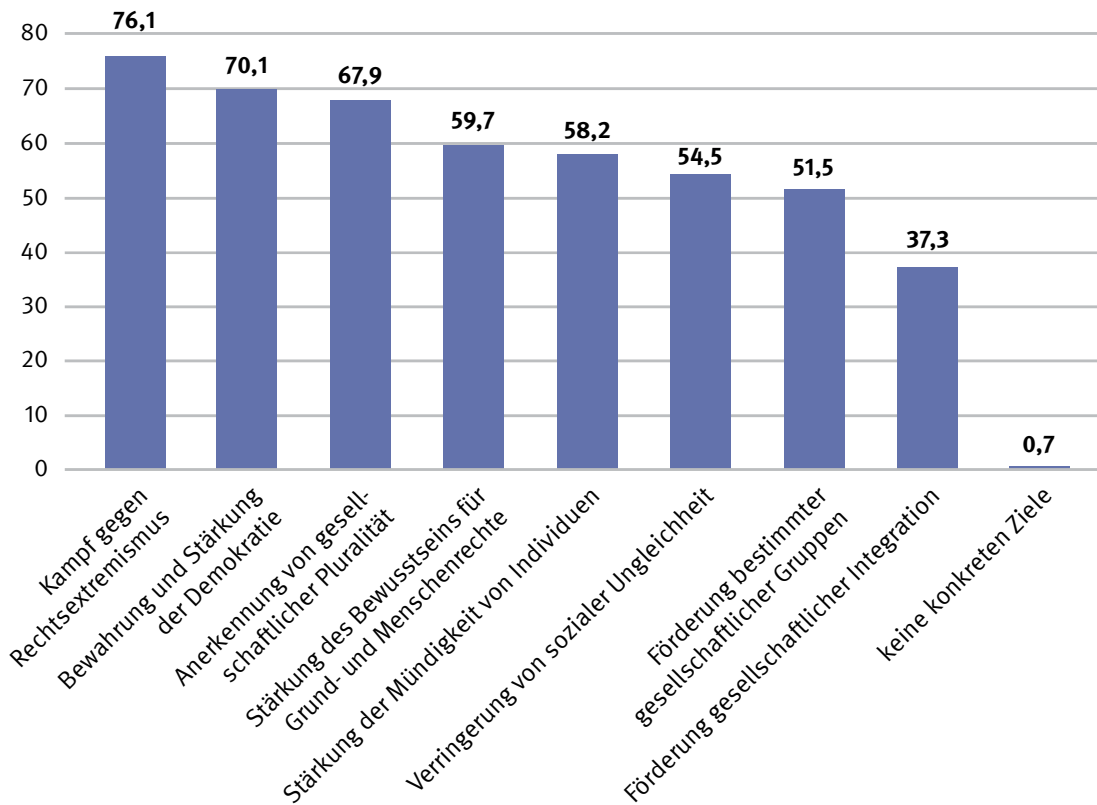
In der Befragung wurden auch die Ziele erfragt, die mit der politischen Bildungsarbeit verfolgt werden. Hier konnten die Personen zwischen verschiedenen Antwortmöglichkeiten wählen (siehe Abbildung 1). Da keine einheitlichen Zielvorstellungen und demnach keine validierten Konstrukte in der Literatur vorzufinden waren, wurden die Antwortmöglichkeiten auf Basis möglicher Prinzipien demokratischer Bildung formu-

liert, die in der politischen Bildungsarbeit eine wichtige Rolle spielen (Gloe 2021). Ausgehend von der fachlichen Diskussion um die Priorität demokratischer Bildung (siehe Abschnitt 2.2) in der politischen Bildung sollte die Umfrage hierzu Daten liefern. Hinsichtlich der Ziele der befragten Personen wird deutlich, dass sie grundlegende Merkmale der Demokratie (etwa Grundrechte, Pluralität) bewahren bzw. stärken wollen (siehe



Abbildung 1:

Ziele der befragten Personen in ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen  
(Angaben in Prozent)



Die befragten Personen wurden gebeten anzugeben, welche Ziele sie mit ihrer Arbeit verfolgen. Es konnten maximal drei Ziele ausgewählt werden. Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

Abbildung 1). Dazu passt auch, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus (inklusive Rechtspopulismus) das am häufigsten genannte Ziel darstellt. Dies lässt sich möglicherweise mit der besonderen Situation in Sachsen erklären (siehe Abschnitt 3.1). Dementsprechend wird auch die Bewahrung der gesellschaftlichen Pluralität als wichtiges Ziel von einem Großteil der befragten Personen angegeben.

Die Stärkung des Bewusstseins für Grund- und Menschenrechte sowie der individuellen Mündigkeit werden mehrheitlich als Ziele angegeben, scheinen aber nicht dieselbe Priorität unter den befragten Personen zu besitzen. Die Förderung gesellschaftlicher Integration wird dagegen nur von einer Minderheit als Ziel angesehen.

## 5 Die Situation der politischen Bildung in Sachsen

Im nun folgenden Abschnitt gehen wir weiter auf die deskriptiven Ergebnisse der Online-Befragung ein und nehmen die erlebten Gefährdungen – Bedrohungen, Beleidigungen, Störungen und Gewalterfahrungen – der befragten Personen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen in den Blick (siehe Forschungsfrage 1). Zur weiteren Einordnung und Erläuterung der Ergebnisse greifen wir auch auf Ergebnisse unserer Leitfadeninterviews zurück.

Die deskriptiven Informationen der Online-Erhebung bilden später die Grundlage für die Analysen der für die Gefährdungen relevanten Kontexte (siehe Abschnitt 6.2). Des Weiteren stellen wir deskriptiv unterschiedliche Formen des Umgangs mit ebenjenen Vorkommnissen vor, die wiederum im Folgenden (siehe Abschnitt 7) noch einmal näher untersucht werden.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse zu den selbst erlebten Vorkommnissen der befragten Aktiven in der politischen Bildung im Rahmen ihrer Tätigkeit in Sachsen.<sup>23</sup> Über 40 Prozent der befragten Personen berichten von mindestens gelegentlichen Beleidigungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder E-Mail. Dagegen kommen Hate-speech und Beleidigungen in sozialen Medi-

en seltener vor, was auf den ersten Blick die Annahme einer Dynamisierung der Bedrohung von rechts durch das Internet nicht stützt (vgl. Heitmeyer et al. 2021: 24–26). Jedoch ist mit zu bedenken, dass öffentlich in den sozialen Medien publizierte Beleidigungen und Bedrohungen das Potenzial besitzen, die Hemmschwelle für weitere Beleidigungen und Bedrohungen zu senken und so zu einer „Ausweitung“ der Bedrohung für Aktive in der politische Bildung führen können (Heitmeyer et al. 2021: 24–28).

Etwa 17 Prozent der befragten Personen berichten zudem von mindestens gelegentlichen Gewaltandrohungen in persönlichen Gesprächen, via Telefon oder E-Mail. Anfeindungen der Familie und des persönlichen Umfeldes erlebten 9 Prozent mindestens gelegentlich, während Drohungen, sich für Kürzungen bzw. ein Ende der staatlichen Finanzierung der politischen Bildung einzusetzen, von vielen befragten Personen (mehr als 60 Prozent) berichtet werden. Die (prekäre) Finanzierung der politischen Bildung erweist sich somit als Angriffspunkt für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus. Dies wird auch in den Leitfadeninterviews von allen Interviewpartner\*innen eigenständig thematisiert. Da die Mittel für die politische Bildungsarbeit

---

<sup>23</sup> Die Fragen zur Bedrohungslage stammen aus der Studie von Sommer und Ratzmann (2022) und wurden teilweise erweitert, um verschiedene Zustände und Prognosen abzufragen.

größtenteils regelmäßig neu beantragt werden müssen und ihre Vergabe abhängig von politischen Gremien und Entscheidungen ist, ist die Finanzierung ein naheliegendes Angriffsfeld. Entsprechend sehen die befragten Personen die Finanzierung in Gefahr, wenn zunehmend Vertreter\*innen der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in Entscheidungsgremien (Stadtrat, Landtag, Bundestag etc.) vertreten sind. Dies entspricht der diskutierten Strategie zur Destabilisierung von Stützen der liberalen Demokratie (Heitmeyer 2018b: 236; vgl. Borstel und Luzar 2016: 42). Hierzu eine typische Aussage aus einem der Leitfadeninterviews:

*„[...] das Bedrohungsszenario ist auf einer anderen Ebene gestiegen. Durch eine AfD und durch die sogenannte Brandmauer oder ja, was auch immer, die versuchen ja Einfluss zu nehmen, Einfluss auch auf die Entscheidung von CDU-Leuten. [...] Und dort besteht eine große Gefahr, dass aufgebaute Strukturen wie unsere, die eben seit 15, 20, 25 Jahren Bestand haben, diskreditiert werden und denen die Förderung versagt wird. [...] Wenn wir also kein gefördertes Programm haben, dann verlieren wir die Angestellten, und die engagieren sich hier nicht mehr.“ (A7)*

Gezielte Störungen oder Behinderungen ihrer Arbeit, zum Beispiel durch Wortergreifungen bei Veranstaltungen oder erzwungene Absagen geplanter Veranstaltungen, haben mehr als zwei Drittel der befragten Personen schon einmal erlebt. Hierbei steht der grundsätzliche Zugang zur Öffentlichkeit für die politische Bildung auf dem

Spiel, die bei Raumordnungskonflikten mit im Zentrum steht (vgl. Heitmeyer et al. 2021: 195–201). Anzeigen gegen Aktive in der politischen Bildung beziehungsweise die Drohung damit haben etwa ein Viertel der befragten Personen erlebt, während Vandalismus und Sachbeschädigung von ungefähr 40 Prozent berichtet wird.

Körperliche Übergriffe und physische Gewalt haben 81,3 Prozent der befragten Personen noch nie im Rahmen ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung erfahren. Bei den restlichen befragten Personen kamen körperliche Übergriffe quantitativ vornehmlich selten vor, was Ergebnissen anderer Studien entspricht (vgl. Jugel und Lewenz 2022: 9; Sommer und Ratzmann 2022: 9). Auch in den Leitfadeninterviews wurden körperliche Bedrohungen und physische Gewalt als eher marginal eingeschätzt, obwohl keine der interviewten Personen solche Vorfälle ausschließen würde. Die gegenwärtige Einschätzung der relativen Marginalität von körperlicher Gewalt wird vor allem hinsichtlich biographischer Erfahrungen plausibel. So verweist eine interviewte Person auf die „Baseballschläger-Jahre[...]“, [in denen] [...] man eben auf die Fresse gekriegt hat“ und ergänzt: „Diese Zeiten sind ja irgendwie vorbei“ (A7).

Die in der Erhebung ermittelte durchaus geringe quantitative Bedeutung von körperlichen Übergriffen soll keineswegs die qualitative Bedeutung physischer Übergriffe für die Betroffenen schmälern. Hier anknüpfend ist beispielsweise die Wirksamkeit verschiedener getroffener Vorsichtsmaßnahmen, die im Verlauf noch disku-

tiert werden, zu berücksichtigen.<sup>24</sup> Die geringe Fallzahl hat jedoch Konsequenzen für unsere weitere Analyse, denn aufgrund dessen können wir die Kontexte für physische Gewalt gegen Aktive in der politischen Bildung nicht untersuchen.

Der Einsatz von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen als Mittel im zivilgesellschaftlichen Konflikt weist diesen als unregulierten „Kampf“ (Weber 2014: 27) aus (vgl. Kern und Pruiskens 2018: 32). Diese Art des Konflikts verdeutlicht, dass die Bewegung des autoritären

Tabelle 2:

Vorkommnisse im Rahmen der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen (N = 134, Angaben in Prozent)<sup>25</sup>

|   | nie  | selten | gelegentlich | häufig | ständig |
|---|------|--------|--------------|--------|---------|
| Beleidigungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail   | 21,6 | 34,3   | 31,3         | 10,4   | 2,2     |
| Gewaltandrohung im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail | 53,0 | 29,9   | 11,9         | 5,2    | 0       |
| Hatespeech oder Beleidigungen im Internet                             | 42,5 | 30,6   | 15,7         | 9,7    | 1,5     |
| Anfeindungen von Familie oder des persönlichen Umfelds                | 76,9 | 14,2   | 7,5          | 1,5    | 0       |
| Androhung, die Finanzierung zu streichen                              | 38,8 | 22,4   | 25,4         | 8,2    | 5,2     |
| Hacking oder Cyberattacken  | 77,6 | 17,9   | 3,0          | 1,5    | 0       |
| Gezielte Störung oder Behinderung der Arbeit                          | 29,1 | 35,8   | 30,6         | 3,7    | 0,7     |
| Strafanzeigen bzw. die Drohung damit                                  | 73,9 | 20,1   | 5,2          | 0,7    | 0       |
| Sachbeschädigung und Vandalismus                                      | 59,7 | 27,6   | 8,2          | 3,7    | 0,7     |
| Körperliche Übergriffe  | 81,3 | 13,4   | 4,5          | 0,7    | 0       |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Abweichungen von 100 Prozent beruhen auf Rundungen.

24 Die Zahl rechter Gewalttaten steigt gegenwärtig an. Hiervon sind migrantisch gelesene, rassifizierte und LGBTIQ-Personen besonders betroffen. Auch antisemitische Übergriffe nehmen zu. Zunehmend bedrohte Orte sind unter anderem Gedenkstätten und Unterkünfte für Geflüchtete (BMI 2023).

25 Die Ergebnisse stimmen in ihrem Ausmaß und ihrer Tendenz mit ähnlichen Erhebungen überein, siehe etwa Jugel und Lewerenz (2022: 9) oder Sommer und Ratzmann (2022: 9).

Nationalradikalismus bestehende Grundlagen demokratischer, rechtsstaatlicher und „ziviler“ Konfliktaustragung nicht teilt, was einer Konfliktregelung grundsätzlich entgegensteht (vgl. Giegel 1998: 16–17).

Die in Tabelle 2 angeführten Angaben erfassen keinen zeitlichen Wandel der Situation für die Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen. In der Online-Erhebung haben wir die Dynamik mittels einer separaten Frage nach dem wahrgenommenen zeitlichen Wandel der Gefährdung ermittelt, wobei wir nicht zwischen den unterschiedlichen Vorkommnissen unterscheiden. Hierzu geben 48 Prozent der befragten Personen an, dass die Gefährdung insgesamt zugenommen hat, während 46,4 Prozent sie als gleichbleibend berichten (siehe Tabelle 3). Lediglich 5,6 Prozent der befragten Personen stellen eine Verringerung der Gefährdung fest. Aufgrund fehlender Vergleichserhebungen lässt sich das Ausmaß des Wandels jedoch nicht weiter einschätzen.

In der Online-Erhebung haben wir außerdem offen nach konkreten Ereignissen oder Phänomenen gefragt, die zur Steigerung der wahrgenommenen Gefährdung beigetragen haben. 75 Personen haben dazu Angaben gemacht. 44 Prozent von ihnen (N=33) geben als Ursache die gestiegene Bedrohung durch Rechtspopulismus und Rechts extremismus in Deutschland allgemein an, vor allem der Aufstieg der AfD sowie ein Rechtsruck in der Gesellschaft wird genannt. 25 Prozent (N=19) verweisen auf persönliche Erlebnisse (vornehmlich die erlebte Bedrohung der eigenen Person) und für 17 Prozent (N=13) ist die Verschlechterung der Situation für die politische Bildung auf gesellschaftliche Ereignisse zurückzuführen – genannt werden vor allem die Corona-Pandemie und die „Flüchtlingskrise“ – die zur Ausbreitung von Verschwörungsdenken beigetragen hätten. Des Weiteren verweisen 13 Prozent der befragten Personen (N=10) auf ihre gesteigerte Sichtbarkeit im Zuge der Digitalisierung sowie auf anschwellende Konflikte um die Demokratie als ursächlich für die Steigerung der Gefährdung.

Tabelle 3:  
Wandel der wahrgenommenen Gefährdung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen  
(N = 134, Angaben in Prozent)

| Wahrnehmung der Gefährdung im Zeitverlauf | Anteil     |
|---|------------|
| Verringerung                              | 5,6        |
| Steigerung                                | 48         |
| Gleichbleibend                            | 46,4       |
| <b>Gesamt</b>                             | <b>100</b> |

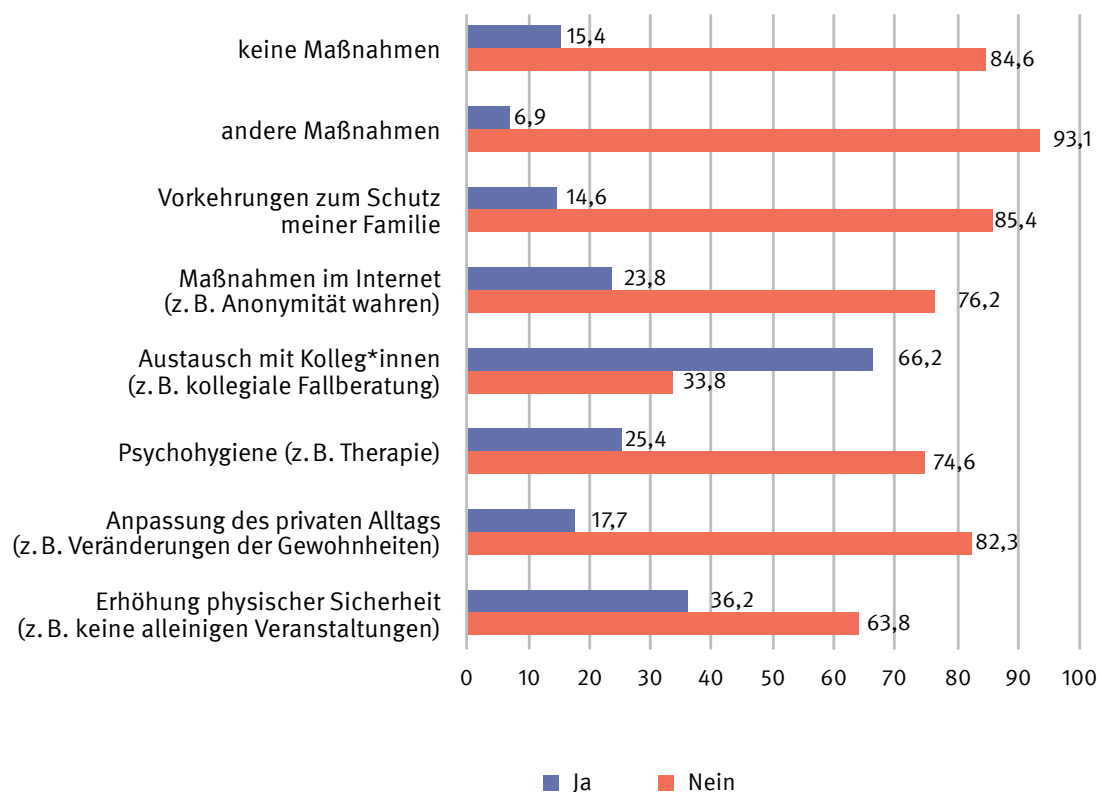
Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

Hinsichtlich des Wandels der Gefährdung wurde in den Leitfadeninterviews zudem berichtet, dass eine zunehmende aggressive Grundstimmung in der Bevölkerung spürbar sei, die es nahezu unmöglich mache, mit einigen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus noch in den Dialog zu treten. Den Erfahrungen der Befragten nach sind es vor allem antidemokratische und verschwörungsgläubige Ansichten, die zu ideologischen Verhärtungen und zum Diskursabbruch führen.

Neben der Art und dem Ausmaß der Gefährdungen haben wir in der Online-Erhebung auch den individuellen Umgang damit erfragt (siehe Abbildung 2). 15,4 Prozent der befragten Personen geben an, keine Maßnahmen ergriffen zu haben, während 14,6 Prozent Maßnahmen zum Schutz ihrer Familie durchgeführt haben, was vom Besprechen von Gefahren mit der Familie bis zum Wegzug aus Sachsen reicht. 23,8 Prozent haben ihr Verhalten im Internet verändert, vor allem, um ihre Anonymität zu wahren, und 17,7 Prozent

Abbildung 2:

Persönlicher Umgang mit Gefährdungen durch die Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen (N= 130, Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

der befragten Personen haben ihren privaten Alltag grundsätzlich angepasst, indem sie etwa nachts nicht mehr alleine an ihrem Wohnort unterwegs sind. Daneben betrifft der Umgang mit den Gefährdungen auch den Berufsalltag in der politischen Bildung selbst. So geben 36,2 Prozent der befragten Personen an, dass sie Veranstaltungen nur noch zu zweit durchführen oder Selbstverteidigungskurse besucht haben. Über ein Viertel der befragten Personen (25,4 Prozent) nutzt Maßnahmen der Psychohygiene, vor allem Therapieangebote, und zwei Drittel (66,2 Prozent) tauscht sich über die Gefahren mit Kolleg\*innen etwa in Form kollegialer Beratung aus.

Anhand dieser Darstellung wird deutlich, dass sich für die Aktiven in der politischen Bildung nicht bloß ihre Tätigkeit verändert hat, sondern auch, dass sie ihr Privatleben und teilweise das

ihrer Familien an die wahrgenommene gewandelte Gefährdungslage anpassen mussten.

Um die Bedeutung der Gefährdungen für das Privatleben nochmals genauer zu erfassen, haben wir gefragt, inwieweit diese im Privaten thematisiert und diskutiert werden. Hierzu geben nur 11,8 Prozent der befragten Personen an, dass sie ebendiese Gefahren nie mit ihrem privaten Umfeld besprechen. Bei 42,5 Prozent geschieht dies zumindest gelegentlich und bei 18,1 Prozent von ihnen sogar häufig oder ständig (siehe Tabelle 4).

In Anbetracht der aus der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen resultierenden Gefahren und der erlebten Störungen ist es bemerkenswert, dass 93 Prozent der befragten Aktiven nicht über einen Tätigkeitswechsel nachdenken (siehe

Tabelle 4:

Thematisierung möglicher oder tatsächlicher Gefahren im Privaten (N = 127, Angaben in Prozent)

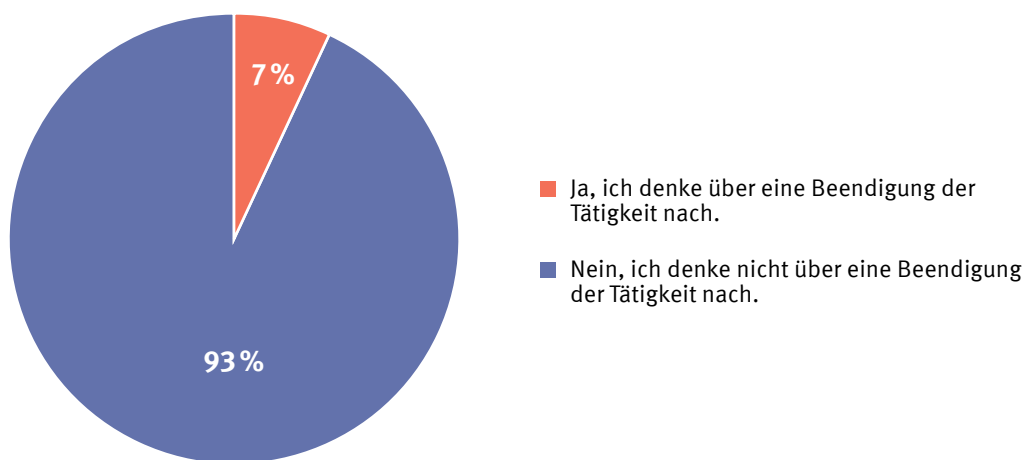
| Häufigkeit der Thematisierung | Angaben    |
|-------------------------------|------------|
| nie                           | 11,8       |
| selten                        | 27,6       |
| gelegentlich                  | 42,5       |
| häufig                        | 15,0       |
| ständig                       | 3,1        |
| <b>Gesamt</b>                 | <b>100</b> |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

Abbildung 3). Dies lässt sich, so eine Vermutung, mit einer hohen intrinsischen Motivation der befragten Personen sowie ihren konkreten Zielen – vor allem Kampf gegen Rechtsextremis-

mus und die Stärkung grundlegender demokratischer Ideale (siehe Abschnitt 4) – als Ausdruck eines „wertrationalen Handelns“ (Weber 2014: 16–18) erklären.

Abbildung 3:  
Nachdenken über einen Wechsel der Tätigkeit (N= 123)



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.



## 6 Konstellationen für die Bedrohung, Beleidigung und Störung von Aktiven in der politischen Bildung

Anschließend an die deskriptive Auswertung der Informationen aus der Online-Erhebung untersuchen wir in diesem Abschnitt die ausschlaggebenden Bedingungskonstellationen für die *Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen* (siehe Abschnitt 6.2.1) sowie für die *Störung ihrer Arbeit* (siehe Abschnitt 6.2.2) auf Ebene der Landkreise (siehe Forschungsfrage 2). Die beiden Analysen finden separat statt, denn, wie oben bereits dargelegt (siehe Abschnitt 2.1), handelt es sich bei Bedrohungen und Beleidigungen sowie bei Störungen um unterschiedliche Mittel der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus gegenüber Aktiven in der politischen Bildung.

Der Ausgangspunkt hierfür sind die Angaben der befragten Personen aus der Online-Erhebung (N=134) zu den von ihnen erlebten Vorkommnissen in ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen (siehe Tabelle 2). Für die Analyse des jeweiligen Ausmaßes an Bedrohung und Beleidigung bzw. der Störung der Tätigkeit der politischen Bildung werden zwei Indizes erstellt. Die Indizes quantifizieren das jeweils individuell erlebte Ausmaß an Bedrohungen und Beleidigungen bzw. der erlebten Störungen in der politischen Bildung anhand der berichteten Häufigkeiten durch die befragten Personen (vgl. Schnell et al. 2023: 146).

Um das Ausmaß der erfahrenen Beleidigungen und Bedrohungen zu erfassen, werden die Angaben zu den Fragen nach erlebten Beleidigungen sowie nach erlebten Gewaltandrohungen im persönlichen Gespräch, via Telefon oder via E-Mail, nach erlebter Hatespeech oder Beleidigung im Internet und nach erlebten Anfeindungen von Familie oder des persönlichen Umfelds ausgewertet. Die Angaben zur Häufigkeit – „nie“, „selten“, „gelegentlich“, „häufig“, „ständig“ – werden genutzt, um einen numerischen Index zu erstellen, der darüber Auskunft gibt, ob und, wenn ja, wie häufig die befragten Personen Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt waren.<sup>26</sup> Der daraus entstehende additive Index *Beleidigung und Bedrohung* liefert somit Informationen über die Situation der Aktiven in der politischen Bildung (vgl. Schnell et al. 2023: 151): Der geringste Wert (4) gibt an, dass eine Person nie Beleidigungen und Bedrohungen erfahren hat (in diesem Fall hat die befragte Person zu allen vier Fragen „nie“ angegeben). Der höchste Wert (20) wird im Index vergeben, wenn die befragte Personen bei allen vier Fragen „ständig“ angegeben hat. Abbildung 4 zeigt die Häufigkeiten zu den jeweiligen Indexwerten. Hierbei wird nochmals deutlich (vgl. Tabelle 2), dass nur wenige Aktive in der politischen Bildung über keine erlebten

---

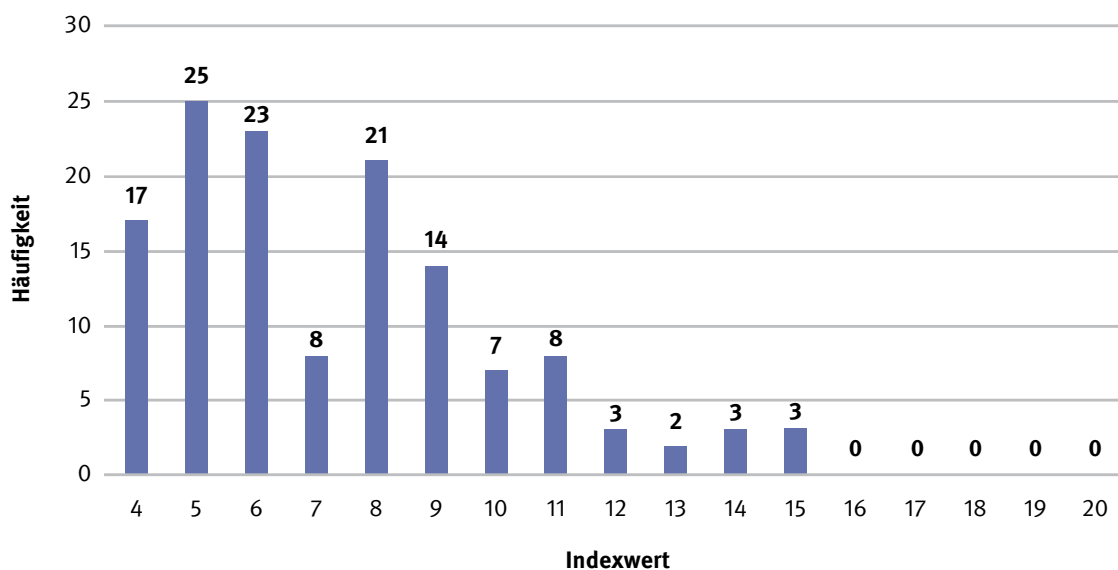
26 Die Angaben werden wie folgt kodiert: „nie“ = 1, „selten“ = 2, „gelegentlich“ = 3, „häufig“ = 4, „ständig“ = 5.

Beleidigungen und Bedrohungen berichten (Indexwert 4). Zugleich wird ein Indexwert größer 15 nicht vergeben, was verdeutlicht, dass eine Vielzahl der Aktiven in der politischen Bildung nicht „ständig“ mit allen Formen von Beleidigungen und Bedrohungen konfrontiert sind. Jedoch zeigen Indexwerte  $\geq 10$ , dass diese Fälle der Häufung von Beleidigungen und Bedrohungen empirisch durchaus vorzufinden sind.

Zur Erfassung des Ausmaßes der erlebten Störungen der politischen Bildung in Sachsen wird

ebenfalls auf Basis der Angaben der befragten Personen ein additiver Index erstellt. Der Index *Störungen der politischen Bildung* fasst die Angaben zu den Häufigkeiten hinsichtlich erlebter Drohungen zur Streichung ihrer Finanzierung, von Hacking oder Cyberattacken, von gezielten Störungen oder Behinderungen von Veranstaltungen, von (angedrohten) Strafanzeigen sowie von Sachbeschädigung und Vandalismus zusammen.<sup>27</sup> Der geringste Wert (5) liegt für eine befragte Person also vor, wenn sie durchweg „nie“ angegeben hat. Der Maximal-

Abbildung 4:  
Index Beleidigung und Bedrohung: Häufigkeiten (N=134)<sup>28</sup>



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

27 Die Angaben werden hier ebenso wie folgt kodiert: „nie“ = 1, „selten“ = 2, „gelegentlich“ = 3, „häufig“ = 4, „ständig“ = 5.

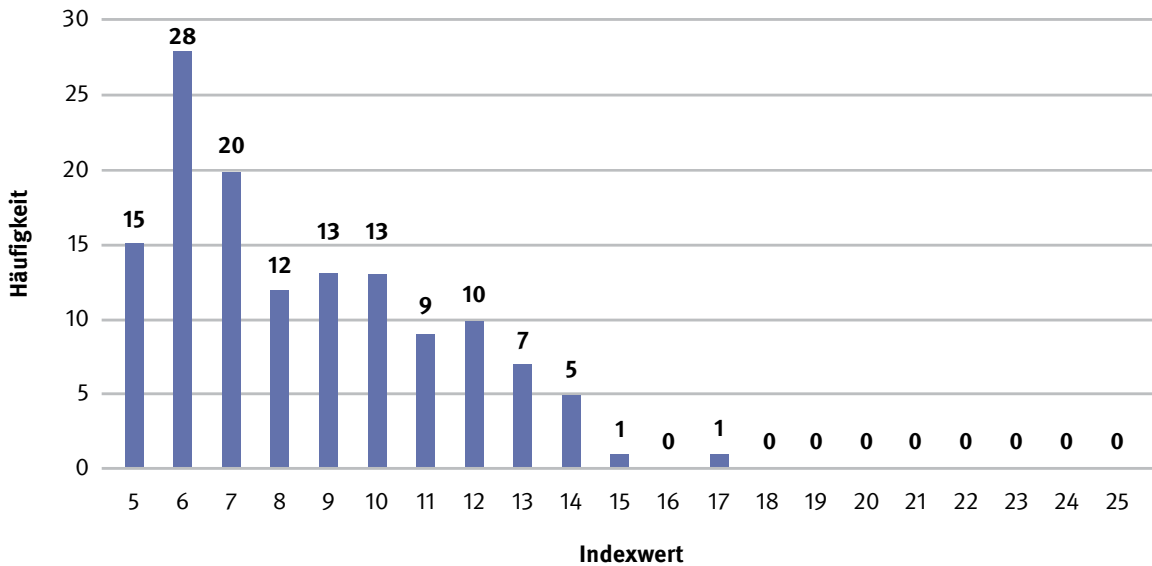
28 Die deskriptiven Kennzahlen des Index Beleidigung und Bedrohung sind: Mittelwert = 7,37; Median = 7; Varianz = 7,6; Standardabweichung = 2,76.

wert (25) ist erreicht, wenn alle fünf Indikatoren mit „ständig“ beantwortet wurden. Abbildung 5 zeigt die empirische Verteilung der Indexwerte, die zwischen den Werten 5 und 17 rangiert. Auch damit wird deutlich, dass nur ein geringer Anteil von Aktiven in der politischen Bildung über keine Störungen ihrer Arbeit von Seiten der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus berichtet (vgl. Tabelle 2). Zugleich zeigt sich, dass erfahrene Häufungen unterschiedlicher Formen von Störungen nicht in großem Ausmaß berichtet werden, auch wenn es diese

Fälle durchaus gibt (siehe etwa die Indexwerte  $\geq 11$ ).

Beide Indizes sind nicht unabhängig voneinander, da befragte Personen, die erlebte Beleidigungen und Bedrohungen angaben, zu einem großen Teil auch Angaben über erlebte Störungen ihrer Tätigkeit machten. Eine solche Überlappung ist keineswegs unplausibel, da sich, so ist anzunehmen, die betroffenen Personen sowie die Kontexte für Beleidigungen und Bedrohungen sowie die Störung der Tätigkeit nicht grundsätzlich unterscheiden.<sup>29</sup>

Abbildung 5:  
Index Störungen der politischen Bildung: Häufigkeiten (N=134)<sup>30</sup>



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

29 Die Überschneidung der Angaben („set coincidence“) der Indizes liegt bei 0,686, berechnet auf Basis ihrer kalibrierten Mengenmitgliedschaften (siehe Abschnitt 6.1 und vgl. Ragin und Fiss 2016: 102).

30 Die deskriptiven Kennzahlen des Index Störungen der politischen Bildung sind: Mittelwert = 8,49; Median = 8; Varianz = 7,7; Standardabweichung = 2,78.

Ausgehend von den Indexwerten werden im Folgenden die hinreichenden und/oder notwendigen Bedingungen untersucht, die die Kontexte für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen bzw. die Störung ihrer Arbeit bilden. Die dazu notwendigen Kontextinformationen erfassen wir über die Angabe der befragten Personen zum Landkreis ihrer Tätigkeit (siehe Abschnitt 4, Tabelle 1). Auf Ebene der Landkreise sind für Sachsen (zumeist) die von uns als relevant erachteten politischen und gesellschaftlichen Informationen und Daten verfügbar, um so die jeweiligen regionalen Kontexte zu erfassen, die die Tätigkeit der befragten Personen in der politischen Bildung prägen. Damit soll nicht gesagt werden, dass mittels dieser Perspektive alle potentiell einflussreichen Bedingungen und Prozesse für Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der politischen Bildung erfasst werden – so liegen etwa keine Informationen zu den konkreten Situationen und den Interaktionsdynamiken vor. Jedoch geben die untersuchten Kontexte Auskunft darüber, welche gesellschaftlichen und politischen Kontexte für die Konflikte hinreichend und/oder notwendig sind.

In den beiden Analysen – zu den Kontexten für (i) die Beleidigung und Bedrohung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen (siehe Abschnitt 6.2.1) und (ii) der Störung ihrer Arbeit (siehe Abschnitt 6.2.2) – untersuchen wir acht ausgewählte einschlägige Bedingungen auf ihre Relevanz (siehe auch Tabelle 5): Bezugnehmend auf die Annahmen zur Entstehung „rechter Bedrohungsallianzen“ von Heitmeyer et al. (2021) sowie weiterer Forschung zum Erstarken von

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus haben wir den Anteil der *Ablehnung des demokratischen politischen Systems* in der Bevölkerung eines Landkreises als eine mögliche Bedingung ausgewählt (Heitmeyer et al. 2021: 45; Rucht 2022: 518; Rydgren 2007: 251–252). Die Operationalisierung dieser Bedingung erfolgt mittels Fragen nach der Bevorzugung einer Diktatur als Herrschaftsform sowie der Ablehnung von Pluralität im Parteienspektrum. Des Weiteren untersuchen wir als Bedingung, ob *Rechtsextremismus in der Bevölkerung als Problem* wahrgenommen wird. Ein fehlendes bzw. nur schwach ausgeprägtes Problembewusstsein kann als Nährboden für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus dienen, der es ihr einerseits erleichtert, das Wirken demokratisch-orientierter politischer Bildungsarbeit zu diskreditieren und andererseits die eigene gesellschaftliche Normalisierung begünstigt (vgl. Heitmeyer et al. 2021: 197–198; Borstel und Luzar 2016: 43; Brichzin et al. 2022: 216).

Darüber hinaus ziehen wir in der Analyse das Ausmaß der „gruppenbezogene[n] Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung“ (Heitmeyer et al. 2021: 59, Hervorhebung hinzugefügt) als weiteren Nährboden für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus heran. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigt sich in einer vorherrschenden „Ideologie der Ungleichwertigkeit“, die sich in der Abwertung spezifischer sozialer Gruppen, in Form von Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und der Ablehnung von Muslim\*innen zeigt (Heitmeyer et al. 2021: 59; vgl. Rydgren 2007: 251).

Die *Stärke der AfD* in den sächsischen Landkreisen bei der Bundestagswahl 2021 ist eine weitere Bedingung in unserer Analyse. Die AfD ist die prominenteste Vertreterin des autoritären Nationalradikalismus und nimmt über Mandate in Parlamenten auch auf die politische Bildung Einfluss, zum Beispiel über parlamentarische Anfragen hinsichtlich ihrer Finanzierung (vgl. Hentges und Lösch 2021: 134–137). Insofern stellen die AfD-Wahlerfolge einen maßgeblichen „Geländegewinn“ für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus dar (Borstel und Luzar 2016: 42). Nicht zuletzt auch deshalb, da der Aufstieg der AfD spezifische Einstellungen in der Bevölkerung legitimiert, etwa die Ablehnung der Prinzipien der liberalen Demokratie, und die Kultivierung von ‚Feindbildern‘ unterstützt (Heitmeyer et al. 2021: 65–66). Eine weitere untersuchte Bedingung ist das Ausmaß der beobachtbaren Gewalt von rechts gegen vermeintliche Gegner\*innen. Das Ausmaß der Gewalt von rechts in den sächsischen Landkreisen lässt Rückschlüsse auf die Existenz und die Militanz rechtsextremer Gruppen zu, die politische Gewalt als Mittel im Konflikt um „Geländegewinne“ einsetzen (Borstel und Luzar 2016: 42–43; vgl. Heitmeyer et al. 2021: 67–68).

Neben diesen fünf genannten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die die Stärke der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus vermeintlich mitverursachen, gehen wir in den Analysen auch noch auf Kontexte ein, die spezifisch für die Situation der politischen Bildung in Sachsen sind. Hierzu untersuchen wir *die bestehenden Infrastrukturen*

*der politischen Bildung*, um Auskunft darüber zu erhalten, ob und gegebenenfalls inwieweit eine hohe Repräsentanz von Akteuren der politischen Bildung Einfluss auf die Konfliktaustragung hat. So lässt sich anhand der relativen Zahl von Organisationen beziehungsweise Träger politischer Bildung pro Einwohner\*innen im Landkreis das Größenverhältnis der Konfliktparteien näher erfassen, welches die Konfliktaustragung mit prägt (vgl. Rucht 2022: 515). Zudem untersuchen wir die in der Bevölkerung bestehende *Ablehnung von politischer Bildung*. Diese Angaben lassen Rückschlüsse darüber zu, ob die politische Bildung und ihre Aktiven als unwichtig in der Bevölkerung angesehen werden, was unter Umständen die Hemmschwelle für ihre Beleidigung oder Bedrohung sowie die Störung ihrer Tätigkeit als eine Bedingung beeinflussen kann.

Wir gehen zudem noch auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich in der politischen Bildung – schulisch oder außerschulisch – der befragten Person ein. Als achte Bedingung wird deshalb die Tätigkeit in der *außerschulischen politischen Bildung* untersucht, weil gerade die außerschulische politische Bildung, im Gegensatz zur schulischen, zu meist von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt wird (Bremer und Gerdes 2012: 684). Dabei werden Aktive der außerschulischen politischen Bildung nicht vom institutionellen Kontext der Schule geschützt und sind stärker in der Zivilgesellschaft als Vertretung demokratischer Werte sichtbar, was zu vermehrten Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ihrer Tätigkeit führen kann.

Tabelle 5:

Ausgewählte Bedingungen der Analysen, ihre Operationalisierung und Quellen

| Bedingung   | Operationalisierung   | Quelle   |
|---|---|--|
| Ablehnung der Demokratie in der Bevölkerung                     | <p>Das Ausmaß an Ablehnung der Demokratie wird anhand der kumulierten Zustimmung (Antwortkategorien „Stimme voll zu“ und „Stimme eher zu“) auf folgende Fragen erhoben:</p> <p>„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ (<i>Diktatur</i>)</p> <p>„Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ (<i>Partei</i>)</p> <p>Die Angaben auf Ebene der sächsischen Landkreise werden gleichgewichtet kombiniert.</p>                            | Sachsen-Monitor 2021/22: Fragen 40.2 und 40.7 (Dimap 2022: 285–286, 295–296) <sup>31</sup> |
| Gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechtsextremismus als Problem | <p>Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechtsextremismus wird anhand des Rangs der Antwort „Sorge vor steigendem Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“ zur Frage „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen? Offene Nennung“ ermittelt.</p>   | Sachsen-Monitor 2021/22: Frage 24 (Dimap 2022: 104–105)                                    |
| Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung        | <p>Die kumulierten Werte von „Stimme voll zu“ und „Stimme eher zu“ zu folgenden Aussagen:</p> <p>„Die Weißen sind zu recht führend in der Welt.“ (<i>Rassismus</i>)</p> <p>„Juden haben zu viel Macht in der Welt.“ (<i>Antisemitismus</i>)</p> <p>„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“ (<i>Muslimfeindlichkeit</i>)</p> <p>„Ich hätte Probleme damit, wenn Sinti und Roma in meiner Nachbarschaft leben.“ (<i>Antiziganismus</i>)</p> <p>Die Angaben auf Ebene der sächsischen Landkreise werden gleichgewichtet kombiniert.</p> | Sachsen-Monitor 2021/22: Fragen 42.12, 42.4, 42.10, 42.11 (Dimap 2022: 323–324, 335–340)   |

31 Die Daten wurden im Sachsen-Monitor 2021/22 nicht für jeden sächsischen Landkreis erhoben, sondern für die Regionen „Vogtland/Zwickau“, „Chemnitz/Erzgebirge“, „Leipzig/Nordsachsen“, „Dresden/Sächsische Schweiz“ und „Oberlausitz“ sowie für die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz (Dimap 2022). Die Angaben zu den Regionen werden für die Analyse auf die damit erfassten Landkreise übertragen.

|  |  |   |
|--|--|---|
| Stärke der AfD                                       | Prozentualer Stimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2021 in den sächsischen Landkreisen.   | Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2023)  |
| Gewalt von rechts                                    | Zahl rassistischer und rechtsmotivierter Gewalttaten pro 100.000 Einwohner*innen, ermittelt für die sächsischen Landkreise.  | RAA Sachsen e.V. (2023)                                   |
| Starke Infrastrukturen der politischen Bildung       | Zahl der Organisationen und Träger politischer Bildung pro 100.000 Einwohner*innen, ermittelt für die sächsischen Landkreise.  | Eigene Recherche (siehe Abschnitt 3.2)                    |
| Ablehnung von politischer Bildung in der Bevölkerung | Das Ausmaß an Ablehnung politischer Bildung wird anhand der kumulierten Zustimmung zu den Antwortkategorien „weniger wichtig“ und „gar nicht wichtig“ auf folgende Fragen erhoben:<br><br>„In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten, aktiv die demokratische Ordnung in Deutschland zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten.<br>„Politische Bildungsarbeit für Erwachsene.““ | Sachsen-Monitor 2021/22: Frage 41.9 (Dimap 2022: 315–316) |
| Tätigkeit in außerschulischer politischer Bildung    | Angabe zur Frage „In welchem Bereich der politischen Bildung sind Sie hauptsächlich tätig?“  | Online-Erhebung der Studie.                               |

Quelle: Eigene Darstellung.

### 6.1 Methodisches Vorgehen der Analysen

Die Analysen der Bedingungen für die Bedrohungen und Beleidigungen der Aktiven in der politischen Bildung sowie auch für die Störung ihrer Arbeit erfolgen mittels einer Qualitative Comparative Analysis (QCA) (Ragin 1987).<sup>32</sup> QCA wurde als Methode ausgewählt, weil sie sich für mittlere Fallzahlen eignet und es ermöglicht,

unterschiedliche erklärende Bedingungskonstellationen zu ermitteln, um dadurch die verschiedenen Kontexte für die politische Bildung in Sachsen adäquat zu erfassen. Hierbei zeigen ebenjene Konstellationen das Zusammenwirken von Bedingungen auf und erfassen deren zeitliche und kausale Interdependenzen (Ragin 1987: X, 52, 92). Damit handelt es sich bei QCA um ein fallorientiertes und strukturentdecken-

32 Zu den Grundlagen von QCA siehe auch Schneider und Wagemann (2012: 1–13) oder Buche und Siewert (2015).

des Verfahren, das die Rekonstruktion von Konstellationen für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung sowie die Störung ihrer Arbeit ermöglicht (Ragin 1987: 166–168).

Der Vergleich erfolgt auf Basis eines holistischen Verständnisses der Fälle als Bedingungskombinationen und auf Grundlage mengentheoretischer Annahme. Diese ermöglichen es, zwischen trivial-notwendigen, notwendigen und hinreichenden Bedingungen für ein zu erklärendes Phänomen zu unterscheiden (Ragin 1987: 101; Schneider und Wagemann 2012: 1–8, 57–76, 144–147). Die mit einer QCA ermittelten Bedingungskonstellationen weisen drei Charakteristika auf: Sie sind erstens äquifinal, das heißt es werden mehrere unterschiedliche Konstellationen ermittelt, die das zu untersuchende Phänomen erklären. Zweitens sind sie – wie bereits erwähnt – multikausal, das heißt sie erfassen das Zusammenwirken von Bedingungen. Und drittens sind die mittels QCA herausgearbeiteten Bedingungskonstellationen asymmetrisch, was bedeutet, dass sie „nicht-linear“ (Buche und Siewert 2015: 389) sind und dass eine Bedingung je nach ihrer Kombination mit anderen Bedingungen sowohl in ihrer Präsenz als auch in ihrer Absenz hinreichend für ein zu erklärendes Phänomen sein kann (Buche und Siewert 2015: 389–391; Schneider und Wagemann 2012: 5–8).

Ein zentraler Schritt einer QCA ist die Kalibrierung der zu untersuchenden Phänomene sowie der dafür ausgewählten Bedingungen. Kalibrie-

rung bedeutet, dass „die empirische[n] Daten, die in eine QCA einfließen sollen, [...] zu Mengen geformt werden“ (Buche und Siewert 2015: 392). Hierzu müssen für die zu untersuchenden Fälle „Mengenmitgliedschaften“ für jede Bedingung bestimmt werden (Buche und Siewert 2015: 393). Wir nutzen für unsere Analyse „fuzzy sets“, durch die kontinuierliche Mitgliedschaften von Bedingungen in Mengen, zum Beispiel Landkreise mit starken AfD-Wahlergebnissen, erfasst werden können (Zadeh 1965: 339). Mittels fuzzy sets lassen sich, im Gegenteil zu einer dichotomen 0-1 Kodierung, empirisch zu beobachtende qualitative Unterschiede zwischen den für die Analyse ausgewählten Fällen abbilden (Zadeh 1965: 338). Die Bestimmung der Mengenmitgliedschaften erfolgt dabei anhand von drei Ankerpunkten, die die volle Mitgliedschaft (1), die volle Nicht-Mitgliedschaft (0) sowie den Indifferenzpunkt (0,5) angeben (siehe Tabelle 6). Ausgehend von den drei Ankerpunkten werden die Mitgliedschaften der Fälle zu den Bedingungen ermittelt. Diese Kalibrierungen erfolgen auf Basis theoretischer Überlegungen sowie Fallwissen (Schneider und Wagemann 2012: 24–41), in unserem Fall erfolgt die Kalibrierung anhand der Durchschnittsangaben für Deutschland, um die spezifische Situation der politischen Bildung in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern zu erfassen. Für ein paar wenige Bedingungen waren jedoch nur die Informationen für Sachsen verfügbar. Tabelle 6 zeigt die Ankerpunkte der Kalibrierungen der beiden Indizes, die die zu untersuchenden Phänomene erfassen, sowie der dafür ausgewählten Bedingungen.



Tabelle 6:

Informationen zur Kalibrierung

| Untersuchte Phänomene   | Volle Mitgliedschaft (1)   | Indifferenzpunkt (0,5)  | Keine Mitgliedschaft (0)   |
|---|--|---|--|
| Index Beleidigung und Bedrohung   | ≥ 13   | 5,5   | 4  |
| Index Störungen der politischen Bildung   | ≥ 14   | 6,5   | 5  |
| Bedingungen   | Volle Mitgliedschaft (1)   | Indifferenzpunkt (0,5)  | Keine Mitgliedschaft (0)   |
| Ablehnung der Demokratie in der Bevölkerung<br><br>(Die Fragen <i>Diktatur</i> und <i>Partei</i> , siehe Tabelle 5, werden zunächst separat kalibriert und anschließend mit einer Und-Verbindung kombiniert. <sup>33</sup> )  | Zustimmung ≥ 9,8 % zur Frage <i>Diktatur</i><br><br>Zustimmung ≥ 29 % zur Frage <i>Partei</i><br><br>(die Ankerpunkte entsprechen dem doppelten Bundesdurchschnitt)  | Zustimmung von 4,9 % zur Frage <i>Diktatur</i><br><br>Zustimmung von 14,5 % zur Frage <i>Partei</i><br><br>(die beiden Ankerpunkte entsprechen dem Bundesdurchschnitt (Decker et al. 2022: 38))   | Zustimmung von 0 % zur Frage <i>Diktatur</i><br><br>Zustimmung von 0 % zur Frage <i>Partei</i>   |
| Gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechtsextremismus als Problem   | Rechtsextremismus als eines der drei prioritären gesellschaftlichen Probleme <sup>34</sup>   | –   | Rechtsextremismus rangiert auf Rang 4 als gesellschaftliches Problem (oder tiefer)   |
| Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung<br><br>(Die Zustimmung zu den Aussagen zu <i>Rassismus</i> , <i>Antisemitismus</i> , <i>Muslimfeindlichkeit</i> und <i>Antiziganismus</i> , siehe Tabelle 5, werden zunächst separat kalibriert und anschließend mit einer Und-Verbindung kombiniert.) | Zustimmung ≥ 21,2 % zur Aussage <i>Rassismus</i><br><br>Zustimmung ≥ 16,2 % zur Aussage <i>Antisemitismus</i><br><br>Zustimmung ≥ 35,2 % zur Aussage <i>Muslimfeindlichkeit</i><br><br>Zustimmung ≥ 57,2 % zur Aussage <i>Antiziganismus</i><br><br>(die Ankerpunkte entsprechen dem doppelten Bundesdurchschnitt) | Zustimmung 10,6 % zur Aussage <i>Rassismus</i><br><br>Zustimmung 8,1% zur Aussage <i>Antisemitismus</i><br><br>Zustimmung 17,6 % zur Aussage <i>Muslimfeindlichkeit</i><br><br>Zustimmung 28,6 % zur Aussage <i>Antiziganismus</i><br><br>(die Ankerpunkte entsprechen dem Bundesdurchschnitt (Zick et al. 2019: 71)) | Zustimmung 0 % zur Aussage <i>Rassismus</i><br><br>Zustimmung 0 % zur Aussage <i>Antisemitismus</i><br><br>Zustimmung 0 % zur Aussage <i>Muslimfeindlichkeit</i><br><br>Zustimmung 0 % zur Aussage <i>Antiziganismus</i> |

33 Eine logische Und-Verbindung erfasst die Schnittmenge der jeweiligen Mengenmitgliedschaften der damit kombinierten Bedingungen (Schneider und Wagemann 2012: 328).

34 Die Mitte-Studie 2020/21 zeigt, dass in allen Einkommensgruppen in Deutschland der Rechtsextremismus als eines der drei größten gesellschaftlichen Probleme wahrgenommen wurde (Zick 2021: 27).

| Stärke der AfD                                       | ≥ 32,53 %<br>(höchster AfD Stimmenanteil in einem Landkreis bei der Bundestagswahl 2021) | 10,34 %<br>(AfD Stimmenanteil im Bundesdurchschnitt bei der Bundestagswahl 2021)                                     | ≤ 2,87 %<br>(niedrigster AfD Stimmenanteil in einem Landkreis bei der Bundestagswahl 2021) |
|--|--|--|--|
| Gewalt von rechts                                    | ≥ 2,78<br>(der Ankerpunkt entspricht dem doppelten Bundesdurchschnitt)                   | 1,39<br>(Bundesdurchschnitt für rechtsmotivierte Gewalttaten pro 100.000 Einwohner*innen (BMI 2023: 7))              | 0  |
| Starke Infrastrukturen der politischen Bildung       | ≥ 5,26<br>(der Ankerpunkt entspricht dem doppelten Durchschnittswert für Sachsen)        | 2,63<br>(Durchschnittswert von Organisationen und Träger politischer Bildung pro 100.000 Einwohner*innen in Sachsen) | 0  |
| Ablehnung von politischer Bildung in der Bevölkerung | ≥ 25 %   | 16 %<br>(Durchschnittswert in Sachsen)   | 0 %  |
| Tätigkeit in außerschulischer politischer Bildung    | Nur tätig in außerschulischer politischer Bildung  | –  | Nur tätig in schulischer politischer Bildung   |
| Quelle: Eigene Darstellung.                          |  |  |  |

Die QCA erfolgt mit Hilfe einer Wahrheitstafel, die die logisch möglichen Bedingungskombinationen im Hinblick auf ihre empirische Relevanz darstellt. Bei der Analyse von fünf Bedingungen bildet die Wahrheitstafel alle 32 logisch möglichen Kombinationen ab, die jedoch nicht alle empirisch vorzufinden sind (siehe hierzu ausführlich Schneider und Wagemann 2012: 91–115). Davon ausgehend untersuchen wir in einem ersten Schritt, ob die von uns ausgewählten Bedingungen notwendig oder trivial-notwendig für die beiden zu erklärenden Phänomene sind. In einem zweiten Schritt werden dann die hinreichenden Bedingungskonstellationen dafür ermittelt (vgl. zu diesem Vorgehen: Schneider und Wagemann 2012: 178–190, 278). Die Leitfaden-

interviews werden dabei zur Interpretation der QCA-Ergebnisse herangezogen.

## 6.2 Analysen

### 6.2.1 Bedingungen für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen

Die Analyse der notwendigen Bedingungen für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung zeigt, dass eine hohe Zahl von Gewalttaten von rechts sowie ein großes Maß an Ablehnung der Demokratie in der Bevölkerung trivial-notwendig sind. Dies bedeutet, dass diese beiden Bedingungen die Unterschiede in der Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der

Tabelle 7:

Hinreichende Bedingungskonstellationen für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen<sup>35</sup>

| Bedingungen  | I <sup>36</sup> | II <sup>37</sup> |
|--|-----------------|------------------|
| Gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechts-extremismus als Problem |                 | ○                |
| Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung         | ○               |                  |
| Starke Infrastrukturen der politischen Bildung                   | ●               |                  |
| Ablehnung von politischer Bildung in der Bevölkerung             |                 |                  |
| Tätigkeit in außerschulischer politischer Bildung                |                 | ●                |

● = Bedingung anwesend; ○ = Bedingung abwesend.  
 Quelle: Eigene Darstellung.

politischen Bildung nicht erklären.<sup>38</sup> Die Analyse ermittelt auch, dass eine starke AfD ebenfalls trivial-notwendig sein könnte. Jedoch ist es aufgrund von Informationen aus der Online-Erhebung zur Einschätzung der Ursachen für die Steigerung der Gefährdung (siehe Abschnitt 5) sowie aus den Leitfadeninterviews plausibel, eine starke AfD als notwendig für ein hohes Maß an Bedrohung und Beleidigung zu verstehen.<sup>39</sup>

Die Analyse der hinreichenden Bedingungen erfolgt somit mit den fünf übrigen Bedingungen

und ermittelt zwei Konstellationen (siehe Tabelle 7). Die *Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen erfolgt demnach (I) im Kontext schwach ausgeprägter menschenfeindlicher Einstellungen und einer starken Infrastruktur der politischen Bildung sowie (II) im Kontext außerschulischer politischer Bildung in Kombination mit einem geringen Problembewusstsein gegenüber Rechtsextremismus in der Bevölkerung*. Diese beiden Bedingungskonstellationen sind wirksam, wie die Analyse gezeigt hat, im Rahmen einer starken

35 Für die Analyse wurden nur Kombinationen ausgewählt, die zugleich  $\geq 10$  Fälle und einen raw consistency-Wert  $\geq 0,8$  aufweisen. Tabelle 7 zeigt das sparsamste Ergebnis („most parsimonious“) mit einer Abdeckung („solution coverage“) von 0,749 und einer Konsistenz („solution consistency“) von 0,725.

36 Bedingungskonstellation (I) weist folgende Kennzahlen auf: raw coverage = 0,645; unique coverage = 0,518; consistency = 0,812.

37 Bedingungskonstellation (II) weist folgende Kennzahlen auf: raw coverage = 0,229; unique coverage = 0,102; consistency = 0,587.

38 Trivial-notwendige Bedingungen sind zumeist konstant, das heißt es besteht keine/kaum Varianz, die die unterschiedlichen Ausprägungen des untersuchten Ergebnisses erklären können (Schneider und Wagemann 2012: 233).

39 So wird von den befragten Personen als eine Ursache für die gestiegene Bedrohung der zugenommene Rechtspopulismus und Rechtsextremismus genannt, etwa der Aufstieg der AfD in Deutschland und der damit einhergehende Rechtsruck in der Gesellschaft (siehe Abschnitt 5).

AfD im Landkreis als notwendige Voraussetzung. Die ausführliche Interpretation der Ergebnisse und ihre Einordnung erfolgt in Abschnitt 6.3.

### 6.2.2 Bedingungen für die Störung der politischen Bildung in Sachsen

Die Analyse der Bedingungen für die Störung der politischen Bildung in Sachsen entspricht dem im vorherigen Abschnitt dargestellten Vorgehen. Bei der Suche nach notwendigen Bedingungen zeigt sich ebenfalls, dass eine hohe Zahl an Gewalttaten von rechts sowie ein großes Maß an Ablehnung der Demokratie in der Bevölkerung trivial-notwendig sind. Somit erklären diese beiden Bedingungen nicht die angegebenen Unterschiede bei den Störungen der politischen Bil-

dung. Wiederum gilt, dass eine starke AfD eine notwendige Bedingung für die Störung der Arbeit ist, nicht zuletzt aufgrund der Angaben aus der Online-Erhebung (siehe Abschnitt 5) und aus den Leitfadeninterviews.

Auch die Analyse der hinreichenden Bedingungskonstellationen zeigt dieselben Ergebnisse, wie die Analyse zu den erlebten Beleidigungen und Bedrohungen. Ausgehend von fünf Bedingungen können demnach zwei Bedingungskonstellationen identifiziert werden (siehe Tabelle 8). *Die berichteten Störungen der politischen Bildung lassen sich auf folgende Kontexte zurückführen: (III) schwach ausgeprägte menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung und eine star-*

Tabelle 8:  
Hinreichende Bedingungskonstellationen für die Störung der politischen Bildung in Sachsen<sup>40</sup>

| Bedingungen  | III <sup>41</sup> | IV <sup>42</sup> |
|--|-------------------|------------------|
| Gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechts-extremismus als Problem |                   | ○                |
| Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung         | ○                 |                  |
| Starke Infrastrukturen der politischen Bildung                   | ●                 |                  |
| Ablehnung von politischer Bildung in der Bevölkerung             |                   |                  |
| Tätigkeit in außerschulischer politischer Bildung                |                   | ●                |

● = Bedingung anwesend; ○ = Bedingung abwesend.

Quelle: Eigene Darstellung.

40 Auch hier wurden für die Analyse nur Kombinationen ausgewählt, die zugleich  $\geq 10$  Fälle und einen raw consistency-Wert  $\geq 0,8$  aufweisen. Tabelle 8 zeigt das sparsamste Ergebnis („most parsimonious“) mit einer Abdeckung („solution coverage“) von 0,734 und einer Konsistenz („solution consistency“) von 0,725.

41 Bedingungskonstellation (III) weist folgende Kennzahlen auf: raw coverage = 0,62; unique coverage = 0,496; consistency = 0,796.

42 Bedingungskonstellation (IV) weist folgende Kennzahlen auf: raw coverage = 0,238; unique coverage = 0,113; consistency = 0,620.

ke Infrastruktur der politischen Bildung sowie (IV) die Tätigkeit in der außerschulischen politischen Bildung in Kombination mit einem geringen Problembewusstsein gegenüber Rechtsextremismus in der Bevölkerung. Auch hier sind die beiden Bedingungskonstellationen von einer starken AfD im Landkreis als notwendige Voraussetzung gerahmt.

Die Übereinstimmung der Analyseergebnisse ist auf das hohe Maß an Überlappung der Angaben der beiden Indizes zurückzuführen (siehe Abschnitt 6). Die Interpretation und Einordnung dieser Ergebnisse erfolgt im nun folgenden Abschnitt.

### 6.3 Interpretation und Einordnung der Ergebnisse

Aufgrund der mit der QCA aufgedeckten empirischen Übereinstimmungen in den erklärenden Bedingungskonstellationen für die Bedrohung und Beleidigung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen sowie der Störung ihrer Arbeit interpretieren wir die Analyseergebnisse nicht separat. Die darin ermittelten Erkenntnisse zu den hinreichenden Konfliktkonstellationen der Raumordnungskämpfe dienen uns als Grundlage, um zwei Mechanismen zu erarbeiten, die die ausschlaggebenden Kontexte für die Bedrohung, Beleidigung und Störung von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen erklären.<sup>43</sup> Wie in Abschnitt 2.1 eingeführt, stehen hierbei das *Verhältnis der Konfliktakteure* zueinander sowie die sich daraus entwickelnden *Konfliktdynamiken*

als Dimensionen im Fokus, um den jeweiligen Typus des Raumordnungskampfes zu identifizieren (Dahrendorf 1961: 203–207; Heitmeyer et al. 2021: 195–201; Heitmeyer 1999: 67–72; Borstel und Luzar 2016). Beide Mechanismen stimmen darin überein, dass eine starke AfD eine notwendige Voraussetzung für Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der politischen Bildung in Sachsen darstellt.

#### (a) Mechanismus 1: Bedrohung, Beleidigung und Störung der politischen Bildung als Mittel für Räumungsgewinne der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus

Der erste Mechanismus entspricht den ermittelten Bedingungskonstellationen I und III (siehe Tabellen 7 und 8). Demnach finden Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen gerade in Landkreisen mit nur schwach ausgeprägten menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung in Kombination mit einer starken Infrastruktur der politischen Bildung statt.

Für das *Verhältnis der Konfliktakteure* ist entscheidend, dass trotz der Wahlerfolge der AfD die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus zwar nicht marginal, aber der relativ kleinere Konfliktakteur ist. Entsprechend nutzt die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus Bedrohungen und Beleidigungen von Aktiven in der politischen Bildung sowie die Störung ihrer Tätigkeit als strategische Angriffe auf die gesellschaftliche Mehrheit, die den politischen Zielen der Bewegung in ihren Einstellungen kei-

<sup>43</sup> Mechanismen geben nach Mayntz (2009: 101, Hervorhebung im Original) an „wie, also durch welche Zwischenschritte, ein bestimmtes Ergebnis aus einem bestimmten Satz von Anfangsbedingungen hervorgeht“.

nen Vorschub leistet. Dabei ist davon auszugehen, dass der Part des relativ kleineren Konfliktakteurs die interne Integration und Radikalisierung der Akteure begünstigt (vgl. Coser 1956: 88, 103; Dahrendorf 1961: 203–207). Hinsichtlich der *Konfliktdynamik* lässt sich schlussfolgern, dass die Angriffe der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus somit einerseits nach innen der weiteren Konstitution der Bewegung dienen. Andererseits entsprechen sie im Rahmen von Raumordnungskämpfen dem Typus der „*Räumungsgewinne*“ (Heitmeyer et al. 2021: 196; Heitmeyer 1999: 69) gegen eine lokal stark präsente politische Bildung. Die Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen richten sich dabei gezielt gegen Aktive in der politischen Bildung, die die Demokratie stützen und deren Ideale und Ziele innerhalb der Bevölkerung des Landkreises geteilt werden (vgl. Heitmeyer 1999: 71). Die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus ist im Begriff sich zu institutionalisieren, gleichwohl ist sie im jeweiligen Landkreis nicht dominant.

### **(b) Mechanismus 2: Bedrohung, Beleidigung und Störung der politischen Bildung zur Sicherung der Raumgewinne der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus**

Der zweite Mechanismus entspricht den Bedingungskonstellationen II und IV (siehe Tabellen 7 und 8). Die Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der politischen Bildung ereignen sich in Landkreisen, deren Bevölkerung vorwiegend gleichgültig gegenüber dem Rechtsextremismus als einem relevanten gesellschaftlichen Problem ist und sie treffen vor allem Tätige im außerschulischen Bereich.

Hinsichtlich des *Verhältnisses der Konfliktakteure* wirkt die gesellschaftliche Indifferenz gegenüber der Gefahr des Rechtsextremismus zumindest teilweise legitimierend für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus (vgl. Heitmeyer 1999: 69). Im Zuge dessen gleichen sich die beiden Konfliktakteure hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Unterstützung zunehmend an, was auf einen anderen Typus im Raumordnungskampf als bei Mechanismus (a) verweist (Dahrendorf 1961: 204–206; Heitmeyer et al. 2021: 196–198). Dass es dabei vor allem Aktive in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit sind, die zum Ziel von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen werden, ist auf ihre besondere Sichtbarkeit als Stützen einer demokratischen Zivilgesellschaft zurückzuführen (vgl. Bremer und Gerdes 2012: 684).

Innerhalb des zu beobachtenden Mechanismus ist die *Konfliktdynamik* davon geprägt, dass die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus mit Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der politischen Bildung darauf abzielt durch „*Raumgewinne* [...] Räumungsgewinne auf Dauer“ zu stellen (Heitmeyer et al. 2021: 196–197, Hervorhebung im Original). Dies stellt einen weiteren Schritt in Richtung einer Normalisierung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in der Zivilgesellschaft dar (Heitmeyer 1999: 69; Borstel und Luzar 2016: 43). Im Gegensatz zu Mechanismus (a) erfolgte ihre Institutionalisierung in diesen Fällen also bereits und die Zivilgesellschaft ist damit mehr denn je die „Arena“ des Konflikts um die Demokratie (Schroeder et al. 2022: 291; Hutter und Weisskircher 2023: 405–406).

## 7 Folgen von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen für die Lebensführung der Aktiven in der politischen Bildung

Als letzter Analyseschritt wird der Umgang der Aktiven in der politischen Bildung mit erlebten Bedrohungen und Beleidigungen sowie Störungen ihrer Tätigkeit untersucht (siehe Forschungsfrage 3). So wird empirisch ermittelt, in welcher Weise die Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen, und die damit einhergehenden Gefahren, die „Lebensführung“ (Weber 1988: 12) der Aktiven prägt. Im Fokus der von Max Weber (1988) thematisierten Lebensführung steht der jeweils individuelle „Handlungsrahmen, in dem die Personen ihre Lebenskonzepte, Bedürfnisse und Ansprüche mit den gegebenen Möglichkeiten, Risiken und Notwendigkeiten permanent ausbalancieren“ (Kudera 1995: 8; vgl. Müller 2020). Dahinter steht unsere Annahme, dass die erlebten Beleidigungen, Bedrohungen und Störungen nicht bloß den Arbeitsalltag der Aktiven in der politischen Bildung beeinflussen (siehe Jugel und Lewerenz 2022: 12; Sommer und Ratzmann 2022: 12–14), sondern darüber hinaus auch ihr Privatleben, mithin ihre Lebensführung als Ganzes prägen.

Um das Ausmaß und die Art der Beeinträchtigung und den Umgang der Aktiven damit zu untersuchen, haben wir eine Clusteranalyse durchgeführt. Auf dieser Basis können explorativ fünf Muster unterschieden werden. Im folgenden Abschnitt erläutern wir kurz das Vorgehen der

Analyse und stellen dann die Ergebnisse sowie unsere Interpretation vor.

### 7.1 Methodisches Vorgehen der Analyse

Um Cluster von Folgen der erlebten Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen auf die Lebensführung von Aktiven in der politischen Bildung zu ermitteln, werten wir die Angaben zum persönlichen Umgang mit Gefährdungen durch die Tätigkeit in der politischen Bildung aus (siehe Abbildung 2). Die Clusteranalyse wurde als Methode ausgewählt, weil es als „ein Verfahren der *Mustererkennung*“ (Wiedenbeck und Züll 2010: 525, Hervorhebung im Original) genutzt werden kann, um ähnliche Fälle explorativ hinsichtlich der Folgen für die Lebensführung zu identifizieren (Uprichard 2009: 133–134).

Die Cluster ähnlicher Fälle wurden in einem ersten Schritt mit einer hierarchischen Clusteranalyse (Ward-Agglomerationsverfahren) untersucht, um anschließend nach Ansicht des Dendrogramms die Clusterzahl zu bestimmen. Ebenjene Clusterzahl wurde genutzt, um im zweiten Schritt mit einer K-Means-Clusteranalyse möglichst intern homogene und relativ divergente Cluster zu ermitteln (Uprichard 2009: 137; Wiedenbeck und Züll 2010: 542–546; vgl. Laux 2022: 276–277).

## 7.2 Analyseergebnisse und Interpretation

Die Analyse ermittelt insgesamt fünf Cluster, die unterschiedliche Folgen für Aktive in der politischen Bildung erfassen. In Tabelle 9 ist zunächst die relative Größe eines jeden Clusters hinsichtlich des Anteils der davon erfassten befragten Personen. Die Cluster sind dabei nach dem Ausmaß des Wandels der Lebensführung durch Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen geordnet.

Cluster 1 erfasst befragte Personen, die angeben, dass sie keine Maßnahmen aufgrund von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ihrer Tätigkeit ergriffen haben. Es handelt sich mit 23,85 Prozent um die zweitgrößte Gruppe.

Im größten Cluster 2 versammeln sich Fälle, die vor allem mit kollegialer Unterstützung auf die Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ihrer Arbeit reagieren. In den Leitfadeninterviews wurde die Bedeutung des kollegialen Austausches damit begründet, dass man sich so nicht nur allein mit den Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen der Arbeit auseinandersetzen müsse:

*„Da braucht man ja bestimmte Strategien, um nicht unglücklich zu werden dann damit, aber eine Sache als Maßnahme würde ich jetzt mal sehen, sich mit Menschen, die eine ähnliche Arbeit machen wie ich, auszutauschen dazu. Gemeinsam zu überlegen: Okay, was bedeutet das jetzt für uns, was bedeutet das für unsere Arbeit.“ (A10)*

Tabelle 9:

Cluster zum Wandel der Lebensführung von Aktiven in der politischen Bildung aufgrund von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ihrer Tätigkeit (Angaben in Prozent)

| Cluster | Ergriffene Maßnahmen   | Größe des Clusters |
|---------|--|--------------------|
| 1       | Keine  | 23,84              |
| 2       | Kollegiale Unterstützung im Tätigkeitskontext                        | 42,30              |
| 3       | Steigerung der individuellen Wehrhaftigkeit im Beruf und im Privaten | 13,10              |
| 4       | Selbstschutz und Schutz der Privatsphäre                             | 8,46               |
| 5       | Wandel des beruflichen und privaten Alltags                          | 12,30              |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.



Kollegiale Beratung und Supervision sind dabei Maßnahmen, die vornehmlich den Tätigkeitskontext in der politischen Bildung betreffen, aber nicht die Lebensführung als Ganzes. Ein Wandel der Lebensführung lässt sich hingegen bei den in *Cluster 3* versammelten Fällen erkennen. Die Steigerung der individuellen Wehrhaftigkeit im Beruf und im Privaten bezeichnet ergriffene Vorkehrungen zur Steigerung der physischen Sicherheit (vor allem die Durchführung von Veranstaltungen durch mindestens zwei Personen oder die Organisation von Security-Personal), Maßnahmen der Psychohygiene (Therapie und/oder Reduktion der Arbeitszeit) sowie vermehrten kollegialen Austausch über die Gefährdungen. Gerade die Maßnahmen der Psychohygiene weisen auf Belastungen hin, die die berufliche Tätigkeit in der politischen Bildung überschreiten und auf andere Lebensbereiche ausgreifen.

Die mit *Cluster 4* erfassten Fälle eint, dass die Personen Maßnahmen zum Selbstschutz sowie zum Schutz ihrer Privatsphäre als Reaktion auf die erlebten Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ergriffen haben. Konkret handelt es sich um Maßnahmen der Psychohygiene (Therapie und/oder Reduktion der Arbeitszeit) sowie Vorkehrungen zum Schutz der Familie bzw. des sozialen Umfelds, etwa in Form des Besprechens möglicher Gefährdungen mit der

Familie oder das bewusste Nichtnennen der eigenen Familie in sozialen Medien. Hieran wird deutlich, dass die Gefährdungen weit über den Tätigkeitskontext in der politischen Bildung hinausweisen.

*Cluster 5* fasst Fälle zusammen, deren Lebensführung am stärksten physisch und psychisch beeinflusst ist. Die damit erfassten Personen treffen Vorkehrungen zur Erhöhung ihrer physischen Sicherheit im Rahmen ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung (vor allem die Durchführung von Veranstaltungen durch mindestens zwei Personen oder die Organisation von Security-Personal), tauschen sich mit Kolleg\*innen aus und verändern Gewohnheiten des privaten Alltags, so gehen sie etwa im Dunkeln nicht allein aus dem Haus, meiden bestimmte Viertel oder kleiden sich möglichst unauffällig. Gerade Letzteres verweist auf eine spezifische Qualität der wahrgenommenen Bedrohung. Die davon ausgehend ergriffenen Maßnahmen prägen die alltägliche Lebensführung stark, indem Routinen geändert werden, die alle Lebensbereiche berühren. Sie weisen zugleich auf bereits erfolgte erhebliche „Geländegewinne“ für die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus hin (Borstel und Luzar 2016: 43), die auch unmittelbar das Leben der Aktiven in der politischen Bildung beeinträchtigen.

## 8 Fazit

Im Rahmen dieser Studie sind wir dem Ausmaß und den Ursachen für Gefährdungen von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen durch die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus nachgegangen. Zusätzlich haben wir einen Blick auf den Umgang mit den erlebten Gefährdungen im beruflichen und privaten Alltag geworfen. Die empirischen Erhebungen und Analysen zeigen, dass Aktive in der politischen Bildung in erheblichem Ausmaß Beleidigungen und gar Bedrohungen ausgesetzt sind. Körperliche Übergriffe spielen dabei glücklicherweise (noch) keine allzu große Rolle, wohl aber Störungen der Arbeit. Die befragten Personen nehmen größtenteils eine Steigerung der Gefahren innerhalb der letzten Jahre wahr, was jedoch bei einer sehr großen Mehrheit nicht zu Überlegungen über einen Wechsel der Tätigkeit führt.

Die erlebten Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen sind als Mittel im Konflikt über die kulturelle Ordnung der Gesellschaft zwischen der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus und der politischen Bildung zu verstehen, der auf lokaler Ebene auch als Konflikt über die Raumordnung ausgetragen wird. Dabei zeigen sich zwei unterschiedliche Konfliktmechanismen: So werden zum einen von Seiten der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen eingesetzt, um sich in der Zivilgesellschaft zu institutio-

nalisieren und Räumungsgewinne zu erzielen. Innerhalb dieser Konstellation agieren Akteure der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus aus der Position einer gesellschaftlichen Minderheit heraus, während die politische Bildung als Repräsentant\*in der gesellschaftlichen Mehrheit und demokratischer Werte als Gegner angegriffen wird.

Das Verhältnis der Konfliktakteure stellt sich im zweiten ermittelten Konfliktmechanismus anders dar. Eine in der lokalen Bevölkerung verbreitete Ignoranz gegenüber dem Rechtsextremismus als einem gesellschaftlichen Problem wirkt hier implizit legitimierend für die Positionen und Handlungen der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus. Aus dieser gestärkten Position heraus nutzen Akteure der Bewegung Bedrohungen und Beleidigungen von Aktiven der politischen Bildung sowie Störungen ihrer Tätigkeit, um weitergehende Raumgewinne zu erreichen. Solche Raumgewinne dienen dazu, bereits erfolgte Räumungsgewinne auf lokaler Ebene zu festigen (Heitmeyer et al. 2021: 196–197). Die beiden Mechanismen sind somit nicht unverbunden, sondern beschreiben einen Prozess, der im ersten Mechanismus noch nicht so weit fortgeschritten ist wie im zweiten. Schließlich geht die Institutionalisierung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus ihren weiteren Geländegewinnen in der Zivilgesellschaft voraus.

Hinsichtlich des Umgangs mit Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen konnten wir zeigen, dass für eine große Gruppe der befragten Personen die Auswirkungen auf ihre Tätigkeit in der politischen Bildung beschränkt, aber vielfältig vorhanden sind. Der Konflikt mit der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus betrifft ihre Lebensführung auf vielfältige und zum Teil einschneidende Weise. Vor die-

sem Hintergrund ist es für uns durchaus überraschend, dass nur sehr wenige Aktive in der politischen Bildung über einen Wechsel ihrer Tätigkeit nachdenken. Dies ist, so scheint uns, unter anderem auf die hohe Bindung an die Werte der Demokratie sowie ein hohes Maß an Bewusstsein gegenüber den Gefahren des autoritären Nationalradikalismus zurückzuführen.

## 9 Erwartungen von Aktiven in der politischen Bildung

Das gegenwärtig zu beobachtende Bewusstsein für die aktuelle Gefährdung der Demokratie und die damit einhergehenden Proteste allerorten sind Signale einer lebendigen, demokratisch-orientierten Zivilgesellschaft. Eine Stärkung der Demokratie in Deutschland bedarf jedoch auch der Schaffung und Stärkung unterstützender Strukturen inklusive langfristiger Planungssicherheit. Dies gilt insbesondere für die politische Bildung, die, wie wir zeigen konnten, im Fokus der Aktivitäten der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus steht und zunehmend unter erschwerten Bedingungen aufgrund erlebter Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen tätig ist. Nicht nur der Arbeitsalltag von Aktiven in der politischen Bildung ist davon betroffen, sondern auch deren private Lebensführung.

Die zum Teil schwierige Situation der politischen Bildung wurde im Rahmen der geführten Interviews mit Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen immer wieder thematisiert. Abschließend fassen wir noch einmal zentrale Anliegen zusammen, die in den Interviews geäußert wurden. Die genannten Punkte spiegeln die Problemwahrnehmungen und Erwartungen unserer Interviewpartner\*innen wider. Sie sind nicht repräsentativ, können aber gleichwohl zur Reflexion in der Debatte über die Ausgestaltung der

politischen Bildung als Mittel zur Stärkung der Demokratie anregen:

- Ein wichtiges Thema ist die *Finanzierung und Organisation der politischen Bildung*, wobei die Sorge besteht, dass die bestehende prekäre Finanzierung mittelfristig aufgrund von Sparzwängen oder dem Einfluss der AfD noch weiter sinken könnte. Die prekäre Finanzierung führt zu dem, dass qualifizierte und engagierte Personen die politische Bildung verlassen. Zum anderen ist die Finanzierung der Vielfalt in der politischen Bildung der Schlüssel dafür, unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und lokale demokratische Strukturen zu stärken. Als hilfreich erachtet wird somit die Gewährleistung einer langfristigen finanziellen Unterstützung von Trägern der politischen Bildung, was auch die Verstärkung wirksamer Maßnahmen miteinschließt, statt dem Entzug der Mittel für erfolgreiche Projekte. Das geplante Demokratiefördergesetz der Bundesregierung könnte Abhilfe im Sinne der Aktiven in der politischen Bildung schaffen, um eine langfristige Finanzierung der politischen Bildung zu gewährleisten. Über den Gesetzentwurf wurde jedoch im Bundestag aufgrund von Differenzen innerhalb der Bundesregierung sowie von Widerstand durch die parlamentarische Opposition

bei Fertigstellung der Studie (Mai 2024) noch nicht entschieden (Deutschlandfunk 2024).

- Gegenüber der (Kommunal-)Politik, der Bevölkerung und der Öffentlichkeit besteht der Wunsch nach *mehr Vertrauen, Anerkennung und Unterstützung in der Zusammenarbeit*. Die politische Bildung erbringt wichtige Leistungen für die Stärkung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies könnte stärker anerkannt werden, gerade in Zeiten, in denen die politische Bildung von rechts vermehrt diffamiert und delegitimiert wird. Die Proteste gegen Rechtsextremismus zu Beginn des Jahres 2024 könnten ein Startschuss für eine stärkere Wertschätzung der politischen Bildung sein und, zugleich, die Entwicklung eines größeren Problembewusstseins gegenüber dem autoritären Nationalradikalismus in Politik, Medien und der Bevölkerung anstoßen. Gegenwärtig (Stand Mai 2024) wird die zentrale Rolle der politischen Bildung in politischen und gesellschaftlichen Debatten jedoch kaum thematisiert.
- In der politischen Bildung geht es um die *Förderung und Stärkung der Demokratie und*

*des Pluralismus*, und nicht um „links gegen rechts“. Die Basis der politischen Bildung ist ein demokratisch-humanistisches Selbstverständnis, welches im eindimensionalen links-rechts-Spektrum nicht zu verorten ist. Demokratiefeindlichkeit ist ein Problem, das alle Demokrat\*innen angeht. Politische und mediale Debatten über politische Bildung entlang der Koordinaten „links gegen rechts“ helfen nur der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus, indem sie ihr Opfer-narrativ bedient. Auch die Diskussionen um eine „Extremismusklausel“ für Träger der politischen Bildung bedienen vornehmlich parteipolitische Vorbehalte und spielen damit letztlich vor allem der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in die Karten (siehe die aktuelle Debatte um das Demokratiefördergesetz, Deutschlandfunk 2024). Die links-rechts-Einordnung verschleiern zudem die Vielfalt in der politischen Bildung und ihrer Akteure. Die im Rahmen der Studie geführten Interviews zeigten, dass die Aktiven in der politischen Bildung vielfältig sowie zielgruppengerecht agieren und damit die Komplexität ihrer Aufgaben anerkennen.

## Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine, 2021: Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. S. 311–329 in: Zick, Andreas, und Beate Küpper (Hg.), Die geforderte Mitte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Alexander, Jeffrey C., 1998: After Neofunctionalism: Action, culture and civil society. S. 210–233 in: Alexander, Jeffrey C. (Hg.), Neofunctionalism and After. Malden: Blackwell Publishers.
- Alexander, Jeffrey C., 2006: The civil sphere. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Alexander, Jeffrey C., 2016: Progress and disillusion: Civil repair and its discontents. *Thesis Eleven* 137: S. 72–82.
- Alexander, Jeffrey C., und Philip Smith, 1994: Der Diskurs der amerikanischen Zivilgesellschaft: Ein neuer kultursoziologischer Entwurf. *Berliner Journal für Soziologie* 4: S. 157–177.
- Amt für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, 2022: Verfassungsschutzbericht 2021. Erfurt: Freistaat Thüringen.
- Anheier, Helmut K., Eckhard Priller und Annette Zimmer, 2000: Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors. S. 71–98 in: Klingemann, Hans-Dieter, und Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie. Berlin: Edition Sigma.
- Backes, Uwe, 2021: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt in Sachsen. S. 119–126 in: Kailitz, Steffen (Hg.), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Backes, Uwe, und Steffen Kailitz (Hg.), 2020: Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Beck, Teresa Koloma, 2020: ‚Rechte Gewalt‘? Ein soziologischer Kommentar. Potsdam: Zeitgeschichte online: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/rechte-gewalt> (Zugriff 31.05.2024).
- Beck, Teresa Koloma, und Klaus Schlichte, 2014: Theorien der Gewalt. Zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Benford, Robert D., und David A. Snow, 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology* 26: S. 611–639.
- Bielenberg, Ina, 2016: Die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Träger der politischen Erwachsenenbildung. S. 272–280 in: Hufer, Klaus-Peter, und Dirk Lange (Hg.), Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Blatter, Joachim, Phil C. Langer und Claudius Wagemann, 2018: Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- BMFSFJ, 2020: 16. Kinder- und Jugendbericht: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMI, 2023: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Berlin: Bundesministerium des Innern und der Heimat.

- Borstel, Dierk, und Claudia Luzar, 2016: Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. S. 39–53 in: Braun, Stephan, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden: Springer VS.
- Bosi, Lorenzo, und Marco G. Giugni, 2012: The outcomes of political violence: Ethical, theoretical and methodological challenges. S. 29–38 in: Seferiades, Seraphim, und Hank Johnston (Hg.), Violent Protest, contentions politics, and the neoliberal state. Farnham/Burlington: Ashgate.
- Bremer, Helmut, und Jürgen Gerdes, 2012: Politische Bildung. S. 683–701 in: Bauer, Ullrich, Uwe H. Bittlingmayer und Albert Scherr (Hg.), Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brichzin, Jenni, Henning Laux und Ulf Bohmann, 2022: Risikodemokratie. Bielefeld: transcript.
- Buche, Jonas, und Markus B. Siewert, 2015: Qualitative Comparative Analysis (QCA) in der Soziologie – Perspektiven, Potentiale und Anwendungsbereiche. Zeitschrift für Soziologie 44: S. 386–406.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2023: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn: [www.inkar.de](http://www.inkar.de) (Zugriff 01.06.2023).
- Bundeswahlleiter, 2021: Bundestagswahl 2021: Ergebnisse. Berlin: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html> (Zugriff 17.06.2022).
- Burzan, Nicole, 2016: Methodenplurale Forschung. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Butler, Judith, 2006: Haß spricht. Frankfurt: Suhrkamp.
- Christ, Michaela, und Christian Gudehus, 2013: Gewalt – Begriffe und Forschungsprogramme. S. 1–15 in: Gudehus, Christian, und Michaela Christ (Hg.), Gewalt: Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Correctiv, 2024: Geheimplan gegen Deutschland (10.01.2024). Essen: Correctiv: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-novembertreffen/> (Zugriff 13.02.2024).
- Coser, Lewis, 1956: The Functions of Social Conflict. Glencoe: The Free Press.
- Dahrendorf, Ralf, 1961: Gesellschaft und Freiheit. München: R. Piper & Co. Verlag.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler und Elmar Brähler, 2022: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. S. 31–90 in: Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Deutschlandfunk, 2024: Streit um staatliche Förderung. Das Demokratiefördergesetz liegt auf Eis (21.03.2024). Köln: <https://www.deutschlandfunk.de/demokratiefoerdergesetz-100.html> (Zugriff 03.05.2024).
- Dimap, 2022: Sachsen-Monitor 2021/22. Tabellenbericht. Bonn: dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH.
- Dimap, 2024: Ergebnisbericht Sachsen Monitor 2023. Bonn: dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH.
- Dörre, Klaus, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster, 2018: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. Berliner Journal für Soziologie 28: S. 55–89.
- Eckstein, Harry, 1975: Case Study and Theory in Political Science. S. 79–138 in: Greenstein, Fred, und Nelson Polsby (Hg.), Handbook of political science. Reading: Addison-Wesley.

Europarat, 2010: Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, Empfehlung CM/Rec(2010)7. Strasbourg Cedex: Council of Europe Publishing.

Flick, Uwe, 2007: Qualitative Sozialforschung. Hamburg: Rowohlt.

Garsztecki, Stefan, Thomas Laux und Marian Nebelin, 2024a: Die „neue“ Rechte im Kontext. Globale Trends und regionale Entwicklungen. S. 9–43 in: Garsztecki, Stefan, Thomas Laux und Marian Nebelin (Hg.), Brennpunkte der „neuen“ Rechten. Bielefeld: transcript.

Garsztecki, Stefan, Thomas Laux und Marian Nebelin (Hg.), 2024b: Brennpunkte der „neuen“ Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen. Bielefeld: transcript.

Giegel, Hans-Joachim, 1998: Gesellschaftstheorie und Konfliktsoziologie. S. 9–28 in: Giegel, Hans-Joachim (Hg.), Konflikt in modernen Gesellschaften. Frankfurt: Suhrkamp.

Gloe, Markus, 2021: Demokratielernen als politische Bildung. S. 320–328 in: Sander, Wolfgang, und Kerstin Pohl (Hg.), Handbuch Politische Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag.

Grande, Edgar, 2018: Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31: S. 52–60.

Grumke, Thomas, 2008: Die rechtsextremistische Bewegung. S. 475–492 in: Roth, Roland, und Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt/New York: Campus.

Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung. Frankfurt: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen, 2012: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? S. 138–191 in: Habermas, Jürgen, Ach, Europa. Frankfurt: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm, 1999: Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. S. 47–79 in: Kalb, Peter E., Karin Sitte und Christian Petry (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm, 2018a: Autoritärer Nationalradikalismus: Ein neuer politischer Erfolgstypus zwischen konservativem Rechtspopulismus und gewaltförmigem Rechtsextremismus. S. 117–134 in: Becker, Karina, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek (Hg.), Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/New York: Campus.

Heitmeyer, Wilhelm, 2018b: Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm, Manuela Freiheit und Peter Sitzer, 2021: Rechte Bedrohungsallianzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Helfferrich, Cornelia, 2014: Leitfaden- und Experteninterviews. S. 559–574 in: Baur, Nina, und Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Hentges, Gudrun, und Bettina Lösch, 2021: Politische Neutralität vs. politische Normativität in der politischen Bildung. S. 131–152 in: Hubacher, Manuel S., und Monika Waldis (Hg.), Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer VS.

Herrmann, Steffen, 2013: Beleidigung. S. 110–115 in: Gudehus, Christian, und Michaela Christ (Hg.), Gewalt: Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar: Metzler.

Himmelfmann, Gerhard, 2018: Demokratie als Gesellschaftsform – politische Bildung und Zivilgesellschaft. S. 26–37 in: Kenner, Steve, und Dirk Lange (Hg.), Citizenship Education. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.



Honneth, Axel, 2013: Idee und Realität der Zivilgesellschaft: Jeffrey Alexanders Versuch, die Gerechtigkeits-theorie vom Kopf auf die Füße zu stellen. *Leviathan* 41: S. 291–308.

Hufer, Klaus-Peter, 2016: Politische Erwachsenenbildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hutter, Sven, und Manès Weisskircher, 2023: New Contentious Politics. Civil Society, Social Movements, and the Polarisation of German Politics. *German Politics* 32: S. 403–419.

Imbusch, Peter, und Joris Steg, 2022: Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger\*innen – eine Gefahr für die Demokratie. S. 34–49 in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 1*. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Jugel, David, und Rico Lewerenz, 2022: Wie geht's der außerschulischen Politischen Bildung in Sachsen – Eine Feldexploration. Dresden: John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie, TU Dresden.

Kailitz, Steffen, 2020: Sachsen – eine Hochburg der AfD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung der Bundespartei und des sächsischen Landesverbandes. S. 155–200 in: Backes, Uwe, und Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Kailitz, Steffen (Hg.), 2021a: *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Kailitz, Steffen, 2021b: Die Alternative für Deutschland (AfD) zwischen radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. S. 55–87 in: Kailitz, Steffen (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Kailitz, Steffen, 2021c: Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Ein Problemaufriss. S. 9–24 in: Kailitz, Steffen (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Kern, Thomas, 2008: *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Kern, Thomas, 2016: Inequality, Inclusion, and Protest: Jeffrey Alexander's Theory of the Civil Sphere. S. 93–111 in: Roose, Jochen, Hella Dietz und Andreas Pettenkofer (Hg.), *Social Movements in Social Theory*. Wiesbaden: Springer VS.

Kern, Thomas, Thomas Laux und Insa Pruisken, 2017: Critique and Social Change: An Introduction. *Historical Social Research* 42: S. 7–23.

Kern, Thomas, und Insa Pruisken, 2018: Was ist ein religiöser Markt? Zum Wandel der religiösen Konkurrenz in den USA. *Zeitschrift für Soziologie* 47: S. 29–45.

King, Gary, Robert D. Keohane und Sidney Verba, 1994: *Designing Social Inquiry*. Princeton: Princeton University Press.

Kißler, Leo, 2007: *Politische Soziologie*. Konstanz UVK.

Kocka, Jürgen, 2001: Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. S. 4–21 in: Kocka, Jürgen, Paul Nolte, Shalini Randeria und Sven Reichardt (Hg.), *Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*. Berlin: WZB Discussion Paper P01–801.

Kocyba, Piotr, 2021: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). S. 89–107 in: Kailitz, Steffen (Hg.), *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

- Kolleck, Nina, 2022: Politische Bildung und Demokratie. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Krell, Claudia, und Siegfried Lamnek, 2016: Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel: Beltz.
- Kudera, Werner, 1995: Einleitung. S. 7–12 in: Projektgruppe Alltägliche Lebensführung (Hg.), Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Opladen: Leske und Budrich.
- Küpper, Beate, Andreas Zick und Maïke Rump, 2021: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. S. 75–111 in: Zick, Andreas, und Beate Küpper (Hg.), Die geforderte Mitte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Küpper, Beate, Elif Sandal-Önal und Andreas Zick, 2023: Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. S. 91–135 in: Zick, Andreas, Beate Küpper und Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.
- Lamnek, Siegfried, 2005: Qualitative Sozialforschung. Basel/Weinheim: Beltz.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2023a: Medieninformation: Sächsischer AfD-Landesverband als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft (08.12.2023). Dresden: [https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Einstufung\\_AfD\\_Dezember\\_2023.pdf](https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Einstufung_AfD_Dezember_2023.pdf) (Zugriff 03.01.2024).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2023b: Junge Alternative auch in Sachsen als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Dresden: <https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1065978> (Zugriff 28.11.2023).
- Lange, Dirk, 2020: Civil Society and Citizenship Education. S. 1–9 in: List, Regina A., Helmut K. Anheier und Stefan Toepler (Hg.), International Encyclopedia of Civil Society. Cham: Springer.
- Laux, Thomas, 2022: Mobilisiert für Europa? Die Europäische Kulturhauptstadt und die Aktivierung der Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35: S. 270–282.
- Lepsius, M. Rainer, 1990: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser, 2023: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- May, Michael, 2021: Haltung ist keine didaktische Strategie! – Zu einem Missverständnis im Kontext der Demokratiebildung. *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 70: S. 17–21.
- May, Michael, 2022: Rechtspopulismus und politische Bildung. S. 645–658 in: Decker, Frank, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf (Hg.), Aufstand der Außenseiter. Baden-Baden: Nomos.
- Mayntz, Renate, 2009: Soziale Mechanismen in der Analyse gesellschaftlicher Makrophänomene. S. 97–121 in: Mayntz, Renate, Sozialwissenschaftliches Erklären. Frankfurt/New York: Campus.
- Mayring, Philipp, 2007: Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim/Basel: Beltz.
- McAdam, Doug, und Hilary Schaffer Boudet, 2012: Putting Social Movements in Their Place. Cambridge: Cambridge University Press.
- MDR Sachsen-Anhalt, 2023: AfD Sachsen-Anhalt als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Magdeburg: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-verfassungsschutz-gesichert-rechtsextremistisch-104.html> (Zugriff 15.02.2024).
- Meyer, David S., und Sidney Tarrow, 1998: A movement society: Contentious politics for a new century. S. 1–28 in: Meyer, David S., und Sidney Tarrow (Hg.), The social movement society. Lanham/Boulder/New York/Oxford: Rowman & Littlefield.

Müller, Hans-Peter, 2020: Lebensführung. S. 114–117 in: Müller, Hans-Peter, und Steffen Sigmund (Hg.), Max Weber Handbuch. Berlin: J.B. Metzler.

Müller, Jan-Werner, 2017: Was ist Populismus? Berlin: Suhrkamp.

Müller, Stefan, 2021: Reflexivität in der politischen Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag.

Müller, Stefan, und Elia Scaramuzza, 2023: Mündigkeit in der Politischen Bildung: ein Gespräch über eine reflexive sozialwissenschaftliche Fachdidaktik. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.

Nattke, Michael, 2021: Der Schulterschluss zur Revolte. Die Qualität einer neuen Zivilgesellschaft von rechts am Beispiel Sachsen. S. 79–92 in: Schütz, Johannes, Steven Schäller und Raj Kollmorgen (Hg.), Die neue Mitte? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Niehoff, Mirko, 2021: Prävention von extremistischen Einstellungen. S. 356–364 in: Sander, Wolfgang, und Kerstin Pohl (Hg.): Handbuch politische Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Pfahl-Traugber, Armin, 2022: Intellektuelle Rechtsextremisten. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Quent, Matthias, 2019: Deutschland rechts außen. München: Piper.

RAA Sachsen e.V., 2023: Support für Betroffene von rechter Gewalt: Statistik. Dresden: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik#tool> (Zugriff 01.06.2023).

Ragin, Charles C., 1987: The Comparative Method. Moving beyond qualitative and quantitative strategies. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.

Ragin, Charles C., und Peer C. Fiss, 2016: Intersectional inequality. Chicago/London: The University of Chicago Press.

Rees, Yann, Jonas H. Rees und Andreas Zick, 2021: Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechts-extremer Einstellungen in Deutschland. S. 112–129 in: Zick, Andreas, und Beate Küpper (Hg.), Die geforderte Mitte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Regier, Sascha, 2023: Den Staat aus der Gesellschaft denken. Bielefeld: transcript.

Rippl, Susanne, 2019: Rechte Radikalisierung. Besorgte Bürger\_innen, rechte Subkultur und gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Hintergründe der Ereignisse von Chemnitz. S. 101–118 in: Friese, Heidrun, Marcus Nolden und Miriam Schreiter (Hg.), Rassismus im Alltag. Bielefeld: transcript.

Rippl, Susanne, 2024: Vom Netz auf die Straße. Mobilisierung und Radikalisierung durch soziale Medien am Beispiel der Kleinstpartei „Freie Sachsen“. S. 97–114 in: Garsztecki, Stefan, Thomas Laux und Marian Nebelin (Hg.), Brennpunkte der „neuen“ Rechten. Bielefeld: transcript.

Rohe, Karl, 1990: Politische Kultur und ihre Analyse. Historische Zeitschrift 250: S. 321–346.

Rucht, Dieter, 1999: The impact of environmental movements in western societies. S. 204–224 in: Giugni, Marco, Doug McAdam und Charles Tilly (Hg.), How social movements matter. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

Rucht, Dieter, 2002: Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung. S. 75–86 in: Grumke, Thomas, und Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen: Leske + Budrich.

Rucht, Dieter, 2009: Von Zivilgesellschaft zu Zivilität: Konzeptuelle Überlegungen und Möglichkeiten der empirischen Analyse. S. 75–102 in: Frantz, Christiane, und Holger Kolb (Hg.), Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

- Rucht, Dieter, 2012: Political Violence in Germany: Trends and explanations of causes. S. 55–70 in: Seferiades, Seraphim, und Hank Johnston (Hg.), *Violent protest, contentious politics, and the neoliberal state*. Farnham/Burlington: Ashgate.
- Rucht, Dieter, 2022: Unter welchen Bedingungen entwickeln sich autoritäre soziale Bewegungen in westlichen Gesellschaften? S. 497–526 in: Frankenberg, Günter, und Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Treiber des Autoritären*. Frankfurt/New York: Campus.
- Rucht, Dieter, und Friedhelm Neidhardt, 2007: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. S. 627–651 in: Joas, Hans (Hg.), *Lehrbuch der Soziologie*. Frankfurt/New York: Campus.
- Rydgren, Jens, 2007: The sociology of the radical right. *Annual Review of Sociology* 33: S. 241–262.
- Schmitt, Sophie, 2020: Fachdidaktische Leitlinien für die politische Bildung in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsruck. *Polis* 24: S. 19–21.
- Schneider, Carsten Q., und Claudius Wagemann, 2012: *Set Theoretic Methods for the Social Sciences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schnell, Rainer, Paul B. Hill und Elke Esser, 2023: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin/Boston: De Gruyter/Oldenbourg.
- Schroeder, Wolfgang, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller und Saara Inkinen, 2022: Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Simonson, Julia, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer, 2022: Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2019. S. 1–7 in: Simonson, Julia, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer (Hg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Wiesbaden: VS Springer.
- Sommer, Moritz, und Nora Ratzmann, 2022: *Bedrohte Zivilgesellschaft*. Berlin: DeZIM Research Note 10, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- Stack, Trevor, und Jeffrey C. Alexander, 2019: Introduction: On radicalism and the civil order. S. 1–10 in: Alexander, Jeffrey C., Trevor Stack und Farhad Khosrokhavar (Hg.), *Breaching the civil order*. New York: Cambridge University Press.
- Tarrow, Sidney, 2015: Contentious Politics. S. 86–107 in: Della Porta, Donatella, und Mario Diani (Hg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford: Oxford University Press.
- Taz, 2024: Proteste gegen rechts: Vergangene Demos gegen Rechtsextremismus. Berlin: <https://taz.de/Schwerpunkt-Proteste-gegen-rechts/!t5338539/> (Zugriff 14.02.2024).
- Tilly, Charles, 1993: Contentious Repertoires in Great Britain, 1758–1834. *Social Science History* 17: S. 253–280.
- Tilly, Charles, und Sidney Tarrow, 2015: *Contentious politics*. New York: Oxford UP.
- Uprichard, Emma, 2009: Introducing Cluster Analysis: What can it teach us about the case? S. 132–147 in: Byrne, David, und Charles C. Ragin (Hg.), *The SAGE Handbook of Case-Based Methods*. Los Angeles: SAGE.
- Wagner, Pia, und Linda Hering, 2014: Online-Befragung. S. 661–673 in: Baur, Nina, und Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Weber, Max, 1988: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max, 2014: *Wirtschaft und Gesellschaft: Soziologie*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Widmaier, Benedikt, 2022: Lernorte der Politischen Bildung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35: S. 170–185.

Wiedenbeck, Michael, und Cornelia Züll, 2010: Clusteranalyse. S. 525–552 in: Wolf, Christof, und Henning Best (Hg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.

Zadeh, Lofti A., 1965: Fuzzy Sets. *Information and Control* 8: S. 338–353.

Zick, Andreas, 2021: Hinführung zur Mitte-Studie 2020/21. S. 17–31 in: Zick, Andreas, und Beate Küpper (Hg.), *Die geforderte Mitte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Zick, Andreas, Wilhelm Berghan und Nico Mokros, 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. S. 53–116 in: Zick, Andreas, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Zick, Andreas, und Nico Mokros, 2023: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. S. 53–89 in: Zick, Andreas, Beate Küpper und Nico Mokros (Hg.), *Die distanzierte Mitte*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

**Anhang:**

**Informationen zu den Teilnehmenden der Online-Erhebung**

| Anhang A:<br>Höchste Bildungsabschlüsse (N = 133) |            |                  |                     |
|---|------------|------------------|---------------------|
|   | Häufigkeit | Gültige Prozente | Kumulierte Prozente |
| Mittlere Reife                                    | 1          | 0,8              | 0,8                 |
| abgeschlossene Lehre                              | 4          | 3,0              | 3,8                 |
| Fachwirt, Meister                                 | 2          | 1,5              | 5,3                 |
| Fachhochschulreife, Abitur                        | 10         | 7,5              | 12,8                |
| Fachhochschul- oder Hochschulabschluss            | 110        | 82,7             | 95,5                |
| Promotion   | 6          | 4,5              | 100,0               |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

| Anhang B:<br>Angaben zum Alter (N = 132) |       |
|--|-------|
| Mittelwert                               | 37,89 |
| Median                                   | 36,00 |
| Std.-Abweichung                          | 9,934 |
| Spannweite                               | 47    |
| Minimum                                  | 22    |
| Maximum                                  | 69    |

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

| Anhang C:<br>Seit welchem Jahr sind die befragten Personen in der politischen Bildung tätig? |         |
|--|---------|
| Mittelwert   | 2014,04 |
| Median   | 2016,00 |
| Std.-Abweichung  | 7,002   |
| Spannweite   | 33      |
| Minimum  | 1990    |
| Maximum  | 2023    |
| Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.   |         |

## Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

|              |   |    |
|--------------|---|----|
| Tabelle 1:   | Angaben über den Ort der Tätigkeit in der politischen Bildung in Sachsen.....   | 22 |
| Tabelle 2:   | Vorkommnisse im Rahmen der Tätigkeit in der politischen Bildung<br>in Sachsen .....   | 26 |
| Tabelle 3:   | Wandel der wahrgenommenen Gefährdung von Aktiven<br>in der politischen Bildung in Sachsen .....   | 27 |
| Tabelle 4:   | Thematisierung möglicher oder tatsächlicher Gefahren im Privaten .....  | 29 |
| Tabelle 5:   | Ausgewählte Bedingungen der Analysen, ihre Operationalisierung und Quellen.....   | 36 |
| Tabelle 6:   | Informationen zur Kalibrierung .....  | 39 |
| Tabelle 7:   | Hinreichende Bedingungskonstellationen für die Bedrohung und Beleidigung<br>von Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen.....                        | 41 |
| Tabelle 8:   | Hinreichende Bedingungskonstellationen für die Störung<br>der politischen Bildung in Sachsen.....   | 42 |
| Tabelle 9:   | Cluster zum Wandel der Lebensführung von Aktiven in der politischen Bildung<br>aufgrund von Bedrohungen, Beleidigungen und Störungen ihrer Tätigkeit..... | 46 |
| Abbildung 1: | Ziele der befragten Personen in ihrer Tätigkeit in der politischen Bildung<br>in Sachsen .....  | 23 |
| Abbildung 2: | Persönlicher Umgang mit Gefährdungen durch die Tätigkeit<br>in der politischen Bildung in Sachsen .....   | 28 |
| Abbildung 3: | Nachdenken über einen Wechsel der Tätigkeit.....  | 30 |
| Abbildung 4: | Index Beleidigung und Bedrohung: Häufigkeiten .....   | 32 |
| Abbildung 5: | Index Störungen der politischen Bildung: Häufigkeiten .....   | 33 |



## Hinweise zu den Autor\*innen

**Thomas Laux** ist Soziologe und arbeitet seit 2019 als Juniorprofessor für Europäische Kultur und Bürgergesellschaft am Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften der TU Chemnitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, vergleichende Makrosoziologie und Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsforschung.

E-Mail: [thomas.laux@phil.tu-chemnitz.de](mailto:thomas.laux@phil.tu-chemnitz.de)

**Teresa Lindenauer** ist Kulturwissenschaftlerin und Soziologin und promoviert an der TU Dresden über Politische Narrative. Sie arbeitet seit Anfang 2024 am Hannah-Arendt-Institut für Totalismusforschung e.V. in einem Projekt im Bereich Transformationsforschung.

E-Mail: [teresa.lindenauer@tu-dresden.de](mailto:teresa.lindenauer@tu-dresden.de)

- Nr. 67 Viel Kraft – wenig Biss. Wirtschaftsberichterstattung in ARD und ZDF (Henrik Müller, Gerret von Nordheim)
- Nr. 66 Reklame für Klimakiller. Wie Fernseh- und YouTube-Werbung den Medienstaatsvertrag verletzt (Uwe Krüger, Katharina Forstmair, Alexandra Hilpert, Laurie Stührenberg)
- Nr. 65 Schlecht beraten? Die wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung in der Kritik (Dieter Plehwe, Moritz Neujeffski, Jürgen Nordmann)
- Nr. 64 Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen (Johannes Kiess, Alina Wesser-Saalfrank, Sophie Bose, Andre Schmidt, Elmar Brähler & Oliver Decker)
- Nr. 63 Konzerne im Klimacheck. ‚Integrated Business Reporting‘ als neuer Ansatz der Unternehmensberichterstattung (Lutz Frühbrodt)
- Nr. 62 Auf der Suche nach Halt. Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten (Simon Storcks, Rainer Faus, Jana Faus)
- Nr. 61 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Immer weiter nach rechts außen (Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)
- Nr. 60 Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel (Georgiana Banita)
- Nr. 59 Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024 (Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels)
- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern (Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien (Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben (Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs (Lutz Mücke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise (Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakubowski)

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: [www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/](http://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/)

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 16. November 2023 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03  
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11  
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

### ■ OBS-Arbeitsheft 113

Janine Greyer-Stock, Julia Lück-Benz

#### Moderne Wirtschaftsberichterstattung?

Wie Podcasts auf Spotify und in der ARD Audiothek über Wirtschaft sprechen

### ■ OBS-Arbeitsheft 112\*

Leif Kramp, Stephan Weichert

#### Whitepaper Non-Profit-Journalismus

Handreichungen für Medien, Politik und Stiftungswesen

### ■ OBS-Arbeitsheft 111\*

Janis Brinkmann

#### Journalistische Grenzgänger

Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren

### ■ OBS-Arbeitsheft 110\*

Henning Eichler

#### Journalismus in sozialen Netzwerken

ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?

### ■ OBS-Arbeitsheft 109\*

Barbara Witte, Gerhard Syben

#### Erosion von Öffentlichkeit

Freie Journalist\*innen in der Corona-Pandemie

### ■ OBS-Arbeitsheft 108\*

Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto

#### Framing in der Wirtschaftsberichterstattung

Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich

### ■ OBS-Arbeitsheft 107\*

Leif Kramp, Stephan Weichert

#### Konstruktiv durch Krisen?

Fallanalysen zum Corona-Journalismus

### ■ OBS-Arbeitsheft 106\*

Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher

#### Den richtigen Ton treffen

Der Podcast-Boom in Deutschland

### ■ OBS-Arbeitsheft 105\*

Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk

#### Medienjournalismus in Deutschland

Seine Leistungen und blinden Flecken

### ■ OBS-Arbeitsheft 104\*

Valentin Sagvosdkin

#### Qualifiziert für die Zukunft?

Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland

### ■ OBS-Arbeitsheft 103\*

Ingo Dachwitz, Alexander Fanta

#### Medienmäzen Google

Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 68

## **Engagiert und gefährdet**

Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung  
in Sachsen